34. Jahrgang. Bonn, Mittwoch, 13. Dezember 1905. (Erstes Blatt.) Nr. 611.

Abonnements-Preis: Morgen- u. Abend-Ausgabe (Sonntags n. Montags einmal). Für Sonntag illustriertes Sonntagsblatt u. Montags für die ärztl. Fachkritik, durch unsere Boten frei in's Haus vierteljährlich 3,00 Mk., durch die Post bezogen 3,50 Mk. Landpreise: Reichspostamt Bonn.

Deutsche Reichs-Zeitung.

Anzeigen-Preis: Lokale Anzeigen die Petitzeile 15 Pf. Vereinsanzeigen und Vereine 15 Pf. von Auswärts mit Genehmigung in „Bonner Volkszig.“ und „Siegb.-Rheiner“ 20 Pf. Reklamen 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Geschäftsstelle Bonn 6.

Fernsprecher Nr. 66.

Die von Bonn aus überwiesenen Postabonnenten machen wir ergebenst darauf aufmerksam, daß die Zeitung, wenn nicht bis 15. dieses Monats abbestellt oder diesbezügliche Mitteilung gemacht wurde, stets bis auf Widerruf ein Quartal weiter überwiesen wird. Hochachtend!

Die Expedition.

C.N. Die erste Lesung des Schulgesetzes.

Wer sich noch an die Kämpfe vor 14 Jahren erinnert, wird die heutige Debatte über die Schulvorlage als eine gemütliche Idylle einschätzen. Der Anfang ist in der Tat voll Höflichkeit und Friedlichkeit. Die Nationalliberalen, welche vor einigen Wochen die Trompeten von 1892 wieder zu probieren drohten, sind vorläufig befriedigt durch das Zugeständnis weiterer Simultanschulen aus „besonderen Gründen“ gemäß der endgiltigen Entscheidung des Provinzialrats. Ob nicht aber das dicke Ende des alten Streites zwischen dem christlichen und dem liberalen Erziehungsideal noch wieder zum Vorschein kommt? Der Friede beruht nur auf einem künstlichen Kompromiß, und der Wortführer der nationalliberalen Partei hat zur Beruhigung seiner „Jungen“ eine sehr gefährliche Parole in die Verhandlung geworfen: „innere Simultanisierung der Volksschule“! Die Vorkämpfer der religiösen Erziehung aus beiden Erkenntnissen werden das Wort gewiß nicht überhören, sondern bei den Einzelberatungen überall zusehen müssen, daß weder der äußeren, offenen Simultanisierung, zur Verstaatlichung des konfessionellen Charakters der Schule und zur Zurückdrängung des religiösen Einflusses bei der Erziehung gewährt werden.

Grundsätzlich besteht eine starke Neigung, die Selbstverwaltung auf dem Schulgebiete zu begünstigen. Sogar der konservative Redner befürwortete die Selbstverwaltung im Gegensatze zu der staatlichen, ministeriellen Allmacht. Wenn aber die Liberalen einen Fortschritt in dieser Richtung, der ja ihrem Programm entsprechen muß, erreichen wollen, so müssen sie den christlichen Konservativen und dem Zentrum die Gewähr bieten, daß die religiöse Erziehung der Jugend sicher gestellt bleibt von den Liebhabereien der „aufgeklärten“ Mehrheit, die in Folge des plutokratischen Wahlrechts auch in überwiegend christlich gesinnten Gemeinden nur zu häufig zur Herrschaft gelangt. Auch die neueste Klausel, welche die Nationalliberalen in den Entwurf hineingebracht haben, die letzte Entscheidung des Provinzialschulrats über die Simultanschulgründung, ist eine Ueberspannung des Selbstverwaltungsgedankens an falscher Stelle und muß deshalb dem gesunden Fortschritt der Selbstverwaltung gefährlich werden. Die „besonderen Gründe“, welche über die Wahl zwischen Konfessions- und Simultanschule entscheiden sollen, können nicht an den zwei Seiten der Provinzgrenzen gegensätzlich ausgelegt und gehandhabt werden. Ist aber das heiligste und unantastbare Erziehungsgut der christlichen Eltern sicher gestellt gegen zeitweilige Majoritäten, dann kann man so verwickelte Fragen der Selbstverwaltung, wie z. B. das Recht der Lehreranstellung, mit Aussicht auf Erfolg in die Hand nehmen. Der wünschenswerte Ausbau des allseitig anerkannten Kommunalprinzips auf dem Schulgebiete hat zur Voraussetzung, daß für die Rechte der Eltern und der Kirche allgemein giltige Garantien festgelegt sind.

Der Kultusminister sucht freilich darzulegen, daß der Staat von seinem Anstellungsrecht schon ungeheuer viel preisgebe, wenn er den Gemeinden gestattet, Personen in Vorschlag zu bringen oder wenigstens vor der Besetzung der Stellen sich „hören“ zu lassen. In Wirklichkeit aber versuchen die Bestimmungen der Vorlage den Pelz der Staatsallmacht zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Etwas Schönfärberei treibt ferner der Kultusminister, wenn er aus dem Zahlenverhältnis der bestehenden konfessionellen und Simultanschulen nachweisen will, daß die Simultanschulfrage „praktisch nur geringe Bedeutung hat.“ Es kommt darauf an, welche Bedeutung die Simultanschule haben wird, wenn die Bestimmungen der Vorlage in Kraft treten. Das Bestreben der Liberalen geht offenbar darauf hinaus, den Simultan-Unterricht mit allen Kräften auszudehnen. In dieser Richtung wird die jungliberale, kulturkampferische Agitation, von der wir in den verflossenen Monaten Proben genug zu kosten hatten, rastlos und rücksichtslos tätig sein. So lange diese Elemente das große Wort in zahlreichen Selbstverwaltungskörperschaften führen, ist für alle Vertreter christlicher Eltern die größte Vorsicht geboten.

Bange machen galt leider 1892; aber hoffentlich heute nicht mehr!

Zu dem Volksschulunterhaltungsgesetz

machte der Zentrumsabgeordnete Porsch in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses folgende Ausführungen:

Vor dem Zusammentritt des Landtages hat die uns wenig freundlich gesinnte Presse sich den Kopf darüber zerbrochen, wie sich das Zentrum zu der Vorlage stellen werde. Es ist schade um die Druckerschwärze und schade um die Zeit des Lesers gewesen, das Zentrum nimmt weder eine piktierte Stellung ein, noch diejenige eines tertius gaudens. Wie Herr von Heydebrandt es bezüglich der Christlich-Evangelischen ausgeführt hat, so sind auch wir der Macht der Verhältnisse unterworfen. Was wir vom christlich-katholischen Standpunkte auf dem Gebiete der Volksschule verlangen, haben wir in unserem letzten Wahlaufruf gekennzeichnet. — Rednet zitiert den betreffenden Passus, in welchem es heißt, daß das Zentrum mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Unterhaltungsfrage ein Volksschulgesetz zurückstellt, und daß es die Unterhaltungsfrage ohne Hintergedanken im Rahmen eines Spezialgesetzes regeln will, daß aber gleichzeitig untrennbar damit zusammenhängende Vorlagen, wie die Beschulung der konfessionellen Minderheiten und besonders die Festlegung des konfessionellen Charakters der Schule, miterledigt werden müßten. Diese Stellungnahme ist von unseren Wählern gebilligt, und auf Grund der Erklärungen in unserem Wahlaufruf sind wir hier in das Haus gewählt worden. Ich darf wohl sagen, daß in allen südlichen Wahlversammlungen die Katholiken nachdrücklichst die Festlegung des konfessionellen Prinzips gefordert haben, und zwar aus der Ueberzeugung der Notwendigkeit einer solchen Regelung heraus. Ein Gleiches ist auch auf Seiten der christlich-evangelischen Bevölkerung der Fall gewesen. Wenn — wie man betonen zu müssen geglaubt hat — der sogen. „Sturm“ sich erhoben hat, so ist das geschehen, weil man der Ueberzeugung war, daß die Majorität dieses Hauses auf dem Boden des konfessionellen Prinzips stehen werde. — Der Kompromißantrag ist seinerzeit vom Abg. Dr. Dittrich grundsätzlich gebilligt worden. Nur gegen einige Bestimmungen wurde ein Widerspruch erhoben, namentlich gegen die Ausnahmen, die getroffen werden sollen auf dem Gebiete der Simultanschule aus nationalen und historischen Gründen. Herr Dittrich hat erklärt, dafür seien wir nicht zu haben, und diesen Standpunkt nehmen wir noch heute ein. In der Kommission werden wir die einzelnen Bestimmungen genau prüfen müssen und wir behalten uns Verfassungsvorschläge vor. Da die Begründung eine knappe ist, muß auch in vieler Hinsicht eine Aufklärung in der Kommission noch gegeben werden. Je nachdem Gange der Dinge in der Kommission werden wir Stellung zu dem ganzen Gesetzenehmen.

Ich will nicht verhehlen, daß wir schwere, ja schwerste Bedenken gegen einzelne Bestimmungen haben, so schwere, daß ich hoffe, daß das alberne Gerede in den Zeitungen aufhört, als habe ein Kuhhandel hinter den Kulissen mit dem Zentrum stattgefunden; als ob die Vorlage die Frucht dieses Kuhhandels sei; als ob sie ein Lohn sei für Leistungen, die das Zentrum auf anderen Gebieten übernehmen wolle. § 20 ist der schlagendste Beweis für die angebliche Unersättlichkeit des Zentrums. Ebenso albern und leichtfertig ist die Vermutung, als wolle das Zentrum auf dem Umwege über das Reich auf die preußische Gesetzgebung einwirken. Ich weiß nicht, ob alle Leute an einer solchen Möglichkeit vorbeigehen, wir gehen an ihr vorbei. Im staatlichen Interesse halten wir uns frei von allen Hintergedanken. Und seit dem Erlaß unseres Wahlaufrufes kann nicht der Schatten einer Tatsache angeführt werden, welche unsern Wahlaufruf Lügen strafen würde. Wir sind bereit, an der Beratung des Gesetzes mitzuwirken. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß eine Staatsschule grundsätzlich zu verwerfen ist. Die Verteilung der Schullasten ist in vielen Teilen des Staates eine unerträgliche. Es muß daher hier Wandel geschaffen werden. Man darf sich nicht der Hoffnung hingeben, daß nach Verabschiedung eines solchen Gesetzes nun überall eitel Freude einkehren wird. An manchen Stellen wird das Gesetz namentlich in der ersten Zeit, schwer empfunden werden. Meine Freunde sind gern bereit, an der Erweiterung des Rechtes der Gemeinden an der Ernennung der Lehrer mitzuarbeiten.

Ich wende mich nun zu der ideulen Seite der Frage. Man kann die materielle Seite der Schulunterhaltungsfrage nicht ignorieren, wenn man nicht auch die idealen Momente einigermaßen berücksichtigt. Nach wie vor bleibt in Preußen die Regel, daß unsere Schule eine Konfessionsschule sein soll, nicht aus „klerikaler Herrschsucht“, nicht um die Konfessionen zu trennen, sondern wir verlangen sie, weil wir den Schulzwang haben und weil dieser für christliche Eltern nur erträglich ist, wenn ihnen christliche Erziehung ihrer Kinder garantiert. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.) Das ist der Standpunkt eines gläubigen Christen. Hieran halten wir mit aller Entschiedenheit fest. Wir verlangen Konfessionsschulen auch im Interesse des Staates. Viel höher, als jede Kultur, steht uns das Christentum und das Festhalten unseres Volkes am Christentum. Daß der § 20 in der Fassung, wie er vorliegt, nicht dem Zentrum zu verdanken ist, braucht keine Begründung.

Was die Begründung der Vorlage anlangt, so müssen wir sie eine etwas einseitige nennen. Daß dem Provinzialrat in letzter Instanz die Entscheidung auf Zulassung oder Nichtzulassung von Simultanschulen eingeräumt werden soll, halten wir für bedenklich. Es ist vielleicht erwünscht, eine einheitliche Regelung von einer Stelle vorzusehen, damit nicht in einer Provinz als ein besonderer Grund gilt, was in einer anderen Provinz als besonderer Grund nicht betrachtet wird. Ich stimme dem Abgeordneten von Heydebrandt darum zu, wenn er meint, daß der christliche Gedanke stark genug sei, sich Geltung zu verschaffen. Aber Voraussetzung hierzu ist, daß wir dem christlichen Gedanken auch die volle Entwicklungsfreiheit geben. Diese Entwicklungsfreiheit wird nicht gegeben, wenn wir Eltern zwingen, ihre Kinder in Simultanschulen zu schicken. Ich darf daran erinnern, daß der Kultusminister von Vadenberg seinerzeit gesagt hat, die Regierung müsse für die konfessionellen Schulen eintreten. Denn wenn sie für andere Richtungen eintrate, so müsse der Kirche die Möglichkeit gegeben werden, neben der anderen Richtung auch konfessionelle Schulen einzurichten. Eine derartige Doppeleinrichtung würde aber eine Ueberlastung bedeuten. Schon allein dieses Moment spreche für konfessionelle Schulen.

In früheren Stadien der Verhandlung wurden auch von nationalliberaler Seite für die Simultanschule nur nationale und historische Gründe geltend gemacht. Von einer dritten Art Gründe war nicht die Rede. Wie verhält sich das mit der Art und Weise, wie man jetzt Posen und Westpreußen behandelt? Früher hat man gesagt, hier müßten die Simultanschulen erhalten bleiben, weil diese die nationalen Gegensätze ausgleichen. Von einer solchen Ausgleichung haben wir nichts gesehen. Im Gegenteil, es ist einer Verschärfung eingetreten. Jetzt beruft man sich nicht darauf, auch der Minister nicht. Vielmehr hat man nun technische Rücksichten in den Vordergrund geschoben. Aber diese technischen Rücksichten können doch nicht so durchschlagend sein, daß man zwei große Provinzen von der Wohltat dieses Gesetzes ausschließt. Ich muß allerdings zugeben, daß unbeschadet unserer grundsätzlichen Stellung zu der Ausschließung der beiden Provinzen, der Ausschluß die Verabschiedung des Gesetzes erleichtert. Von meinen nassauischen Freunden wird es schwer empfunden, daß Nassau aus historischen Gründen von dem Gesetze ausgeschlossen sein soll. Dem Kultusminister sind die nassauischen Verhältnisse infolge der Eingabe des nassauischen Wahlvereins aus dem Jahre 1904 genau bekannt. Danach besteht dort die christliche Schulgesetzgebung theoretisch zwar für ganz Nassau, praktisch aber doch nur für einen Teil, während jetzt ganz Nassau ausgeschlossen werden soll. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir eine historische Reminiscenz erlauben. Als Nassau einverleibt war, hat sich der Bischof von Limburg durch eine Immediateingabe an den König von Preußen um die Errichtung von konfessionellen Schulen im Jahre 1868 gewandt. Darauf antwortete ihm der Kultusminister von Mühler auf „Allerhöchste Ermächtigung“, daß, wo die Verhältnisse es gestatteten, das konfessionelle Schulsystem eingeführt werden solle, und er fügte hinzu, daß kein Zweifel daran sei, es werde nach der Vereinigung mit Preußen die Simultanschule sich nicht mehr erhalten lassen, sondern sie werde dem alten preußischen Prinzip Platz machen müssen. (Hört, hört!) Ich führe dies nur als eine historische Reminiscenz an. Aber wenn man für Nassau diesen historischen Grund hier gelten läßt, dann muß man denselben Gesichtspunkt erst recht auch für die konfessionellen Schulen gelten lassen, und die Historie spricht mehr für die konfessionelle Schule, als es sich durch die Begründung erkennen läßt. Ich möchte dies besonders mit Rücksicht auf meine Heimat Schlesien betont haben. — Der Abg. Funck hat besondere Berücksichtigung der jüdischen Schüler und der Dissidentenkinder gewünscht. Zum ersten Punkt habe ich zu erklären, daß meine Freunde mit peinlicher Gewissenhaftigkeit die Wünsche der jüdischen Bevölkerung prüfen werden, und daß wir erwarten, daß uns ihre Wünsche näher angegeben werden. Was die Dissidenten aber anlangt, so muß ich Herrn Funck darauf aufmerksam machen, daß selbst der christliche Religionsunterricht gesetzlich hier nicht festgelegt wird, es also die Dissidenten für sich allein auch nicht verlangen können. An und für sich ist nach § 14 der Verfassung richtig, wenn das Gesetz nur von den evangelischen und katholischen Schülern und evangelischen und katholischen Lehrern spricht, was nicht ausschließt, daß wir sowohl den Juden als den Dissidenten volle Freiheit gewähren wollen, soweit es im Rahmen dieses Gesetzes möglich ist. — Zu meinem lebhaften Erstaunen ist in der Vorlage und in der Diskussion nicht die Frage erwähnt worden: Wie steht der Gesetzentwurf zu den Bestimmungen der Verfassung? Bei Volksschulfragen ist diese Frage hier immer aufgeworfen worden, und bei der Vorlegung des Zedlitzschen Entwurfs vom Jahre 1892 war es gerade die Linke, welche diese Frage aufwarf. Umsomehr muß ich mich wundern, daß es jetzt nicht geschieht. Der Art. 26 der Verfassung spricht von einem allgemeinen Schulgesetz. Das ganze Gebiet des Unterrichtswesens soll in einem Gesetze geregelt werden. Wir geben aber zu, daß ein solches allgemeines Gesetz in irgend einer absehbaren Zeit nicht möglich ist. Der Abgeordnete Funck hat Angst gemacht vor einer Einziehung des Gymnasialwesens. Ich wiederhole, daß wir durch die Entwicklung der Dinge resigniert uns dabei bescheiden, daß gegenwärtig kein allgemeines Schulgesetz, kein allgemeines Volksschulgesetz erlassen wird. Vielleicht wird es nötig sein, durch eine Veränderung der Verfassung das Gesetz mit der Verfassung in Einklang zu bringen. Weiter verstößt es gegen die Verfassung, wenn Posen, Westpreußen und Nassau von dem Gesetz ausgenommen würden. Denn für die ganze Monarchie stellt die Verfassung ein Gesetz in Aussicht. Dies fällt umsomehr ins Gewicht, als dort, wo sich der tatsächliche Zustand, wie in Hannover, im Einklang mit der Verfassung befindet, die bisherigen Bestimmungen zu Ungunsten der konfessionellen Schule aufgehoben werden sollen, während in Nassau die Verhältnisse, welche im Widerspruch mit der Verfassung stehen, beibehalten werden sollen. Die hannoversche Provinzialsynode hat sich in diesen Tagen entschieden für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes ausgesprochen. — Im weiteren äußert Redner noch einige verfassungsmäßige Bedenken über die Art und Weise, wie die bisherige Interpretation des Artikels 112 der Verfassung mit den neuen Bestimmungen des Gesetzes in Einklang gebracht werden kann. Die verfassungsmäßigen Bedenken sind sehr ernster Natur, und ich hoffe, daß das Haus sie bei der Beratung berücksichtigt. Aber wir wollen aus ihnen eine ablehnende Stellung nur herleiten. Meine Freunde wünschen aus allgemeiner Staatsnotwendigkeit heraus die Verabschiedung der Vorlage, damit die zur Zeit bestehende Beunruhigung in der Bevölkerung beseitigt wird, weiter aber auch im Interesse unseres Lehrerstandes, weil die Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes erst nach Verabschiedung der Vorlage erfolgen kann. Inzwischen sind wir damit einverstanden, daß durch den Etat die dringendsten Härten der Lehrerbesoldung beseitigt werden. Ich wiederhole nochmals: wir sind bereit, an der Beratung des Gesetzes mitzuwirken. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) [Wir werden die Rede noch auszüglich nachtragen].

K. Ministerwechsel in Spanien.

Schon im November wollte der Ministerpräsident Montero Rios sich von seinem Amte zurückziehen; es gelang ihm jedoch nicht. Aber jetzt hat sich ihm in dem durch die Ereignisse in Katalonien hervorgerufenen Konflikt und die Art, wie er durch das persönliche Eingreifen des Königs, der die Offiziere von einem Staatsstreich zurückhielt, gelöst werden mußte, eine willkommene Gelegenheit, die ihm zu schwer gewordene Bürde abzuschütteln. Trotzdem der König ihm, um ihn zu halten, wohl ein Dutzend Mal versicherte, daß er sein Vertrauen besitze, und ihn an die Pflicht erinnerte, das Gesetz, das die Verfassungsbürgschaften in Katalonien aufhebt, nun auszuführen und für die rechtzeitige Erledigung des Etats zu sorgen, war sein Halten mehr. Es war eine förmliche seine Rücksichten mehr kennende Flucht. Und so blieb denn nichts anders übrig, als sein immer wiederholtes Entlassungsgesuch anzunehmen, wodurch dann eine lokale Krise unvermeidlich wurde. Einen Augenblick dachte man an ein Ministerium Echegaray, ließ diesen Plan indes gleich wieder fallen, da er keine günstige Aufnahme fand. Die Suche nach neuen Ministern ging los und selbst in Spanien wollte sich niemand finden; das will sehr viel heißen, weil es dort immer genug Leute gibt, die nach einem Ministersessel hungern und dürsten. Schließlich konnte es sich nur noch um ein Ministerium Moret handeln, und in der Tat findet der 6. Dezember diese Persönlichkeit an der Spitze der spanischen Staatsgeschäfte, und zwar unter recht schwierigen Verhältnissen. Die Regelung der Dinge in Katalonien, die Malterung des Etats, dessen Beratung noch nicht einmal begonnen, bis zum Jahresschluß die Erneuerung der zollpolitischen Abkommen, die Konferenz von Algeciras, um nur das wichtigste und dringlichste herauszugreifen, verlangen eine besonders geschickte Hand. Besitzt Moret sie? Man hat Zweifel hierüber, trotz großen Vorzügen dieses Mannes. Moret gilt bekanntlich als eine der Leuchten der spanischen Rednertribüne, als ein sehr gebildeter und talentvoller Mann. Aber diese Eigenschaften reichen für einen Staatsmann nicht aus. Es gehört dazu auch noch ein fester, entschiedener Wille und etwas Ueberzeugungstreue, und gerade in dieser Hinsicht läßt der neue Kabinettschef viel zu wünschen übrig. Ob die von ihm gewählten Mitarbeiter diese ihm mangelnde Charakterstärke unter Umständen ersetzen können, darf auch einigermaßen bezweifelt werden. Der bedeutendste von ihnen ist der neue Kriegsminister General Luque, bisher Kommandierender General des andalusischen Armeekorps, der von den Republikanern immer halb und halb als einer der ihrigen betrachtet wurde. Er hat sich nicht nur in der Presse als Militärschriftsteller einen Namen gemacht, sondern auch auf dem Schlachtfelde und ist sowohl in den Karlistenkriegen wie bei dem letzten kubanischen Aufstand mehrmals schwer verwundet worden. Seine Tollkühnheit ist im spanischen Heere, wo er sehr populär ist, geradezu sprichwörtlich. Uebrigens war er einer der ersten, der sich jetzt auf die Seite der Barceloneser Offiziere stellte, und die bösen Zungen behaupten, daß er diesem Umstand wesentlich seine Berufung ins Ministerium zu verdanken hat. Das Marineministerium ist in diesem Augenblick noch unbesetzt. Das Ministerium des Aeußern hat der Herzog von Almodovar erhalten, ein reicher Weingutsbesitzer aus Jerez, der früher schon zweimal den Posten bekleidete und mit uns seinerzeit den Karolinenverkauf abschloß. Er war auch kürzlich mit seinem Monarchen in Berlin und ist hier von unseren Staatsmännern mit sehr viel Auszeichnung behandelt worden.

Das Ministerium des Innern ist seinem treuen Gehilfen, dem Grafen Romanones, zugefallen, aber dieser rechnet bereits damit, daß ihm einstens die Leitung der auswärtigen Politik zufallen wird. Finanzminister ist Amos Salvador geworden, eine nicht sehr hervorragende Persönlichkeit, die aber der Bank von Spanien gegenüber wohl eine schärfere Tonart anschlagen dürfte als Echegaray. Ins Unterrichtsministerium zieht der Professor des politische Rechtes an der Madrider Universität Santamarna de Paredes, früherer Lehrer des Königs, ein und ins Justizministerium der Schwiegersohn von Montero Rios, Garcia Prieto. Das Ministerium für Fomento (Bauten und Ackerbau) hat der Besitzer des „Imparcial“, Gasset, erhalten, der sich darin schon früher durch seine Bestrebungen, die Bodenkultur durch Anlage von Stauwerken und dergleichen zu heben, hervorgetan hat. Es bleibt nun abzuwarten, wie lange und wohin diese Herren den Staatswagen führen werden. Im allgemeinen dürfte die seitherige konservative Politik weiter geführt werden; ein klein wenig nach links hat sich das Ministerium allerdings gesetzt. Ob es lange Lebensdauer hat, ist sehr fraglich.

Deutschland.

* **Ueber den deutsch-brasilischen Zwischenfall** schreibt die „Köln. Ztg.“: Der brasilische Gesandte in Berlin hat gestern abend auf dem Auswärtigen Amte die Beschwerden der brasilischen Regierung wegen des Vorgehens des Kanonenboots Panther vorgebracht, und es ist ihm darauf geantwortet worden, daß der Kommandant des Panzer telegraphisch zur Berichterstattung aufgefordert worden sei. Erst wenn dieser Bericht vorliegt, wird man an seiner Hand prüfen können, ob die Mannschaften des Panzer sich einer mit dem internationalen Recht nicht verträglichen Handlungsweise schuldig gemacht haben oder nicht. Die Prüfung wird in strenger Sachlichkeit erfolgen, und es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland durch den Zwischenfall eine Trübung erfahren werden. Was die von uns gestern veröffentlichten Mitteilungen anbelangt, so enthielten die ersten telegraphischen Meldungen mehrfache Widersprüche. Durch weitere Nachrichten ist nunmehr festgestellt worden, daß der Deutsche Steinhoff zu Unrecht beschuldigt wurde, einen deutschen Matrosen zur Desertion verleitet zu haben. Ebenso ist es unrichtig, daß Steinhoff von den deutschen Matrosen verprügelt worden sei. Während man aber gestern noch über den Verbleib des desertierten deutschen Matrosen nichts wußte, ist heute die Meldung eingegangen, daß er sich wieder an Bord des Panther befindet.

* **Die Abbitte der „edlen Sechs“.** In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ konnte man zu seinem grenzenlosen Erstaunen lesen: Genosse Grubbauer ersucht uns um die Aufnahme der folgenden Erklärung. Die von den ausgeschiedenen Redakteuren des „Vorwärts“ veröffentlichte Sammlung von Aktenstücken enthält in Einleitung und Schlußwort heftige Angriffe. Es ist nötig mitzuteilen, daß die betreffenden Stellen in der Zeit der ersten und größten persönlichen Erregung über die geschehenen Vorgänge geschrieben worden sind. Seitdem hat eine Reihe von Aussprachen stattgefunden, auf Grund deren die vom Parteivorstande und von der Preßkommission gefaßten Beschlüsse und Maßnahmen, gegen welche unsere Vorwürfe sich richteten, in wesentlich anderem Lichte erscheinen, so daß die in der Einleitung und dem Schlußworte gebrauchten Kennzeichnungen und Schlußfolgerungen von uns jetzt nicht mehr aufrecht erhalten werden. Vor allem haben wir auch festzustellen, daß es uns gänzlich ferngelegen hat und fernliegt, die subjektiv guten Absichten des Parteivorstandes und der Preßkommission zu bezweifeln. Wir haben nicht im mindesten die Absicht, den unliebsamen Streit irgendwie fortzuführen und hegen nur den Wunsch, daß dieser Fall von den Parteigenossen als abgeschlossen aufgefaßt wird. Die ausgeschiedenen Redakteure.“ Als wir seinerzeit beim Ausbruch des Streites schrieben, der Krach werde wohl eines Tages wieder beigelegt werden, da konnten wir unmöglich ahnen, daß das so schnell kommen würde. Die „subjektiv guten Absichten“ des Parteivorstandes nannte man bisher „bewußte Unwahrheit“ und dergleichen. — Die „edlen Sechs“ werden also nächstens wieder in die Hallen des „Vorwärts“ zurückkehren. Es ist schade darum. Der „Vorw.“ wird gegenwärtig so unübertrefflich redigiert, daß man seine helle Freude daran haben kann. Besser für die Gegner der Sozialdemokratie könnten es die Leute vom Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sicher nicht. Wir haben daher gar keine Veranlassung, Klagelieder der allerfahrenen Oberschimpfmeister, die zum Teil wenigstens mit Verstand schimpften, zu wünschen.

□ **Die Nationalliberalen** arbeiten gegenwärtig mit ungeheurem Nachdruck auf dem Gebiete des Vereinswesens. Vorzüglich die nationalliberalen Jugendvereine geben sich die erdenklichste Mühe, Anhänger zu gewinnen. Zu Anfang des nächsten Jahres werden zwei größere Tagungen dieser Partei stattfinden. Am 17. Januar soll in Coblenz ein rheinischer Delegiertentag der nationalliberalen Partei stattfinden und auf den 28. Januar ist der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei nach Berlin einberufen worden. In beiden Versammlungen wird voraussichtlich u. a. der Volksschulgesetzentwurf zur Beratung gelangen.

* **Berlin** 12. Dez. (Telegr.) Der „Nationalzeitung“ zufolge fand gestern abend ein Abschiedsfest zu Ehren des scheidenden Kolonialdirektor Stübel statt. Erbprinz Hohenlohe-Langenburg brachte das Kaiserhoch aus. Staatssekretär v. Richthofen dankte Stübel für seine hingebende und aufopfernde Tätigkeit, worauf Stübel mit einem Hoch auf die Kolonien und den neuen Chef der Kolonialabteilung erwiderte.

* **Hamburg** 11. Dez. (Telegr.) Die Ankunft des Generalleutnants v. Trotha, der für morgen erwartet wurde, wird erst am Mittwoch erfolgen, da die Abfahrt des Reichspostdampfers „Prinzregent“, auf dem sich der General befindet, wegen Nebels auf der Scheide in Antwerpen eine Verzögerung erlebte.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien** 11. Dez. (Telegr.) Abgeordnetenhaus. Auf die Interpellation Kugler betr. die jüngst von dem Bürgermeister Lueger auf einer Wahlversammlung gegen die Juden gehaltene Rede erklärt der Ministerpräsident, für die Regierung existiere nur das Staatsgrundgesetz, das jedem Staatsbürger ohne Ansehen der Nationalität oder des Bekenntnisses das volle Recht gebe, sich einer beliebigen Partei anzuschließen, und wollen Anspruch auf Achtung dieses Gesetzes gewährleistet, solange der Boden der Gesetzlichkeit nicht verlassen würde. Der Ministerpräsident betont, daß in politisch so erregten Zeiten alles vermieden werden müsse, was die Spannung steigere, was die nationalen und konfessionellen Gegensätze verschärfen könnte. In Beantwortung einer Interpellation über die Gerüchte einer Abmachung mit Rußland behufs Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Russisch-Polen erklärte der Ministerpräsident, daß diese Gerüchte willkürliche Erfindungen darstellen. In Beantwortung einer weiteren Interpellation führt Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch aus, es sei vorauszusehen, daß die Pforte bald zu der Ueberzeugung gelangen werde, wie nutzlos ein Widerstand gegenüber den Forderungen sei, welche die Mächte einmütig und in der uneigennützigen Absicht gestellt hätten, eine dauernde Besserung in der Verwaltung der mazedonischen Wilajets und dadurch auch eine Konsolidierung des türkischen Reiches auf der Basis des status quo zu erzielen. Das Haus tritt sodann in Verhandlungen über die Dringlichkeit des Antrages Stein betr. die Einführung der Personalunion ein und lehnte mit 104 gegen 17 Stimmen die Dringlichkeit ab. In der Verhandlung des Dringlichkeitsantrages Berg, die Prager Ereignisse betreffend, stellt der Minister des Innern fest, daß die Wachorgane erst nach den gröblichsten und gewalttätigsten Angriffen des Pöbels von der Waffe Gebrauch machten, wobei zahlreiche Schutzleute und Militärposten teilweise schwer verletzt wurden. Der Minister weist auf das Entschiedenste den Vorwurf des planmäßigen Vorgehens der Polizei, sowie die gegen die Organe der öffentlichen Sicherheit und den Statthalter erhobenen Beschuldigungen zurück. Nächste Sitzung morgen.

* **Budapest** 11. Dez. (Telegr.) Die Unabhängigkeitspartei beschloß in einer gestrigen Konferenz, den Standpunkt des leitenden Ausschusses der Koalition anzunehmen, wonach im Falle einer neuerlichen Vertagung des Reichsrates das Abgeord-

Kapituliert.

Erzählung von Henriette von Meerheimb. 1

(Nachdruck verboten.)

Es war noch früh am Morgen, kaum fünf Uhr. Auf dem Hofe entwickelte sich trotzdem schon reges Leben; die Mägde liefen mit Eimern, die Knechte zogen die Pferde aus den Ställen; man hörte das Brummen der Kühe, das Krähen der Hähne und das Gackern der Hühner.

Das Gutshaus lag noch still und ruhig da. Die Türen und Läden waren geschlossen, die Sonnenstrahlen drangen mühsam durch die Ritzen und warfen zitternde Lichter in die große, gotisch gewölbte Halle.

Einfach und schlicht war diese Halle, der Boden mit Steinfliesen gepflastert, die Wände weiß getüncht, mit stark nachgedunkelten Familienbildern, mit prächtigen Hirschgeweihen und Rehkronen geschmückt.

Man konnte sich einen Kreis von gebarnischten Rittern denken, die um diesen mächtigen Eichentisch in der Mitte der Halle saßen und zechten, indessen in dem großen Kamin die Holzklötze brannten.

Wie jetzt die Sonnenstrahlen, spielte da wohl der Feuerschein an der Decke und beleuchtete hell das gemalte, große Wappen: zwei Löwentöpfe mit einer Lilie im Maul, und darunter der Spruch: „Fortitudo“, d. h. „Wir fordern — Wir bitten nicht“.

Es war wohl eine starke und kühne Hand, die zuerst diesen Spruch sich auf den Schild schrieb, und seit der Zeit, viele Jahrhunderte hindurch, hielten die Nachkommen des alten Ritters, die Herren von Bülau, diesen Wappen- und Wahlspruch in Ehren. Waren auch die stolzen Schlösser und großen Besitzungen längst in andere Hände übergegangen, war auch von dem einst fast fürstlichen Reichtum nichts geblieben als dieser eine Besitz, — was schadet es? Sind es nicht die ältesten, vornehmsten Familien, die jetzt verhältnismäßig arm sind?

Die Uhr auf dem Kamin schlug fünf. Es war eine prachtvolle Rokokouhr aus eingelegtem Schildpatt und mit einem so kostbaren Werk, daß es die Jahrhunderte überdauert hatte. Durch eine Prinzessin, die einst mit ihrer Hand und Hand einen alten Bülau beglückte, war sie in den Besitz der Familie gekommen.

Bei dem ersten Schlag der Uhr trat der alte Diener des Hauses in die Halle, öffnete die Läden und Fenster, daß Morgenlicht und Luft ungehindert hineinziehen konnten, flickte die Stühle und staubte ab, so daß bald alles in tadelloser Sauberkeit glänzte.

Er war gerade fertig mit seiner Arbeit, als sich die Tür des Wohnzimmers öffnete und sein Herr eintrat, freundlich sein Untergänget guten Morgen, gnädiger Herr!“ mit einem „Guten Morgen, mein alter Johann!“ erwiderend.

Herr von Bülau war ein Mann von siebzig Jahren, aber die hohe Gestalt war aufrecht und gerade, wie die eines Jünglings. Sein weißes, volles Haar stand kurz verschnitten in die Höhe, und die Augen waren noch so klar und leuchtend blau wie in der Jugend.

In das schöne, energische, alte Gesicht hatte der Gram zwar manche tiefe Falte gezeichnet, aber den stolzen Geist, den heiteren Sinn nicht gebrochen.

Hier in Waldhagen herrschten noch patriarchalische Zustände. Die Dienstboten blieben Jahre lang, obgleich der Lohn nicht hoch war und Fleiß streng gefordert wurde, ja, das ganze Dorf erkannte Herrn von Bülau „vom Schloß“ als „Herren“ an. Er sorgte wie ein Vater für die ihm untergebenen Leute, aber sie mußten auch Herrn sein in ihm erkennen, sonst war es aus.

Seine Frau, mit der er seit fünfzehn Jahren in glücklicher Ehe lebte, wurde gleich ihm von allen, die sie kannten, geliebt und hochgestellt. Sie war eine sanfte, ruhige Natur, die ganz für ihren Mann und ihr Haus lebte. Herr von Bülau war schon einmal verheiratet gewesen. Seine erste Frau, die er leidenschaftlich geliebt hatte, war nach dreijähriger Ehe gestorben, und das einzige Kind, ein Sohn, den sie ihm hinterlassen, als kaum siebzehnjähriger Jüngling im Kriege 1866 gefallen. Das war ein hartes Schicksal, und viele Jahre war Herr von Bülau ein gebrochener, einsamer Mann, der ganz zurückgezogen in Waldhagen lebte, bis es seiner zweiten Frau gelang, durch ihre Liebe und treue Fürsorge den Gram zu mildern. Aber diese Ehe blieb kinderlos; der einzige Sohn, der in fremder Erde schlief, wurde nie ersetzt, und Waldhagen fiel später an einen ganz entfernten Verwandten, den Herr von Bülau kaum kannte und wenig liebte.

Trotzdem wurde Waldhagen von ihm mit größter Treue und Sparsamkeit bewirtschaftet.

Die Zeiten wurden immer schlechter für den Landmann und das Leben im Hause deshalb so sparsam wie möglich zugeschnitten, damit das Gut nicht herunterkam und den Leuten ihr Recht werden konn

Holland.

□ Die Debatten über das Staatsbudget pro 1906, die von allen Parteien mit Spannung erwartet wurden, haben nunmehr begonnen. Mit einer sarkastischen Bemerkung eröffnete auf der rechten Seite der katholische Abgeordnete General van Bijmen die Debatte, indem er sagte, daß unter der Leitung des Ballenmeisters Boissevain, des Hauptredakteurs des liberalen „Algemeen Handelsblad", Dr. Kuyper „hinausgesungt" worden sei, um dann in einer scharfen Darlegung, aus der an mehreren Stellen die tiefe Entrüstung des ehrlichen Mannes sprach, den Herren auf der linken Seite anzukündigen, daß die sog. Antithese — Dr. Kuyper hatte mit diesem Worte den Gegensatz angedeutet zwischen den „Christen- und den „Paganisten" im Lande — trotz allen Lärmens und Protestierens der Liberalen weiter bestehen bleibe. Dr. Kuyper hat aber allein, so führte der General aus, den Einfluß dieses ewigen Konfliktes auf die Gesetzgebung in seiner meisterhaften Weise beleuchtet und unterschrieben. Marxismus und Nationalismus haben den großen Staatsmann vom Thron gestoßen. Nachdem der General von Bijmen, der im Namen der katholischen Partei aufgetreten war, seine Rede beendet hatte, sprach der Abgeordnete Heemskerk im Namen der Antirevolutionären. Auch er sagte den liberal-freisinnigen Parteigruppen bittere Wahrheiten. Unbarmherzig geißelte er die unwürdige und ehrlose Politik des Liberalismus, deren Vertreter einen geradezu häßlichen Eindruck machten, als ihnen die Peitsche des entrüsteten christlichen Staatsmannes um die Ohren knallte. Zu begreifen ist es denn auch sehr gut, daß die liberalen Preßorgane über diese beiden Reden nicht sehr erbaut sind und ihren Eindruck auf jede mögliche Weise abzuschwächen suchen. Jedoch nehmen sie dabei teilweise noch eine gewisse stolze Haltung an. Sprechend über die unwürdige und persönliche Bestreitung des Ministeriums Kuyper, sucht die „Nieuwe Courant" die Schande der liberalen Partei zu verbergen, indem sie von „Wahlwitzen" spricht, deren Verteidigung sie jedoch vorsichtigerweise nicht übernehmen will. Die „Nieuwe Rotterd. Courant" stellt sich gerade so einfältig und sonderbar. Ueber das, was bei den Wahlen vorgefallen ist, werden wir uns jetzt nicht mehr warm machen," sagt ruhig das liberale Rotterdamer Blatt, das in Holland dieselbe erhabene Rolle spielt wie die „Frankfurter Zeitung" in Deutschland. Kein Wunder, wenn man so oder jahrelang ununterbrochen in Feuer und Flamme gestanden hat, wird es zwar Zeit, daß man allmählich einmal wieder zur Ruhe kommt. Und nun das liberale Organ wieder normal ist, ist es denn auch übergeugt, daß wegen all jener Ausschreitungen bei den Juniwahlen auf der rechten und der linken Seite den politischen Parteien kein Vorwurf gemacht werden darf. „Sie stehen außerhalb derselben und dürfen für Handlungen einiger Individuen nicht verantwortlich gemacht werden." Also nicht die Parteien, sondern die „Individuen" sind schuldig! Ist das nicht eine geradezu herrliche Erfindung? Hier können die Parteien der rechten Seite für „ihre Individuen" mit gutem Gewissen die Verantwortung übernehmen. Aber die „Individuen" auf der linken Seite? Dann sind sämtliche Koryphäen der liberalen Parteigruppen „Individuen"! Dr. Goeman Borgesius, der Kabinettsformator, ein Individuum, Roodhuizen, Prof. Treub ein Individuum! Ja, der Bürgermeister von Utrecht, Meijer, Dr Beaufort, Dr. van Houten, der Exminister, alle sind „Individuen", denn alle haben bei den Junimahlen mehr oder weniger verwerfliche Praktiken anempfohlen und selbst angewandt! Die Redakteure und Hintermänner der „Nieuwe Rotterd. Courant" auch sie sind dann „Individuen"! Nein dann war die „Nieuwe Courant" doch schlauer, als sie von Wahlwitzen" sprach. Denn ein Witzmacher ist doch noch immer besser als ein Individuum!

Wir können nichts daran ändern, aber die Herren Liberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten haben einfach die Schlußfolgerungen ihrer politischen Unehrlichkeit zu übernehmen. Sie müssen nun einmal das Schandmal ihres „Wahlsieges" tragen. Gewiß, wir wünschen keine Obstruktion und sind auch durchaus keine Freunde von langen Budgetdebatten. Aber jetzt stehen die Dinge anders. Wollen die Liberalen sich nicht mehr warm machen über gewisse Vortommnisse bei den Wahlen im Juni, uns ist es Recht, denn man hat sicher seine Gründe dafür. Aber in der Geschichte müssen sie aufgezeichnet werden, die ärgerlichen Tatsachen, die systematische, mit zäher Ausdauer durchgesetzte Verleumdungskampagne, die gehässige, alle erlaubte Kritik überschreitende persönliche Bekämpfung eines genialen Mannes wie Dr. Kuyper, eines Mannes, dem keine einzige liberale „Größe" das Wasser reichen konnte, die schändliche, alle Tage von neuem angefangene Täuschung eines politisch unmündigen Volkes, die sowohl durch die liberale Partei als solche, wie durch das liberale „Individuum" begangen wurde. Diejenigen, die nach uns kommen, müssen aus den offiziellen Kammerberichten erfahren, daß das Kabinett Kuyper nicht innerer Schwäche, nicht politischen Unternungen oder Mangel an Energie erlegen ist, sondern ausschließlich und allein der brutalen Uebermacht der Verleumdung und des Hasses, erlegen durch den sämmtlichen aller Bürgerlegen, den Streit um die Religion.

Alles, was in Zeitungen, in Flugblättern, in Broschüren und Pamphleten durch marxistische und rationalistische Redakteure über das Land ausgestreut wurde, muß in den offiziellen Kammerberichten zu einem historischen Dokument werden, das die politische Korruption der liberalen Partei den folgenden Generationen öffentlich an den Pranger stellt. Wenigstens, insofern es sich um die großen allgemein bekannten gut kontrollierten und sicher feststehenden Tatsachen handelt. Und dabei darf auf Personen, deren Schuld bewiesen ist, nicht die mindeste Rücksicht genommen werden. Die Unterscheidung in Parteien und Individuen ist eine erbärmliche Erfindung der „Nieuwe Rotterd. Courant", auf die sie sich nicht genade viel einzubilden braucht. Und darum möchten wir wünschen, daß in der nächsten Zeit noch mehr Redner aus den verschiedenen Parteigruppen der rechten Seite auftreten, um den geehrten Vertretern des Liberalismus ihre scharfen Anklagen furchtlos ins Angesicht zu schleudern. Das Recht muß seinen Lauf nehmen. Die Abgeordneten General van Bijmen und Heemskerk aber mit ihren feine Personen und nichts fürchtenden Reden haben schon ein vortreffliches Beispiel geliefert, wofür der christliche Volksteil ihnen stets dankbar sein wird.

Die Antirevolutionären und das Ministerium. Die Stellung, welche die antirevolutionäre Partei gegenüber dem liberalen Kabinett einzunehmen hat, ist mit vollkommener Nichtigkeit von Dr. Heemskerk angegeben worden. Keine Opposition unter allen Umständen! Es ist doch möglich, so führt „De Standaard", das Hauptorgan der Antirevolutionären aus, daß das Kabinett, wenn es so lange am Leben bleibt, den einen oder anderen Antrag stellt, der unsere Unterstützung verdiente, hinsichtlich solcher Anträge darf unsere Partei nicht dem schlechten Beispiele der Freisinnigen folgen, die in der Tat eine Opposition unter allen Umständen gegen das Ministerium Kuyper führten, immer nur tritisierten und kritisierten. Eine solche Politik ist stets von unserer Partei als unter ihrer Würde erachtet worden. Doch andererseits — und dies ist mit Recht von dem Abgeordneten unseres Kammerklubs gesagt worden — kann unsere Partei unter keinen Umständen diesem Ministerium und der neuen Mehrheit mit Vertrauen entgegentreten. Vor vielen Jahren erklärte Herr Pynappel, als er in der Zweiten Kammer über ein Buch, das eine konstitutionelle Frage behandelte, sprach, daß er in diesem Buche drei Fehler sähe und daß auf diesen Fehlern das Buch aufgebaut wäre. Nun gut, Herr Dr. Heemskerk hat in seiner vortrefflichen Rede Fehler in dem Ursprung und in der Zusammensetzung des Ministeriums — De Meesters gezeigt. Fehler

□ Die Medizin am Nordpol. Der hervorragende Professor der Chirurgie an der Universität Chicago, Nicholas Senn, der vor einigen Wochen vor seinen Fachgenossen durch Ueberreichung einer goldenen Medaille und Veranstaltung eines großen Festes geehrt wurde, hat im Journal der Amerikanischen Medizinischen Vereinigung einen fesselnden Aufsatz über die Medizin im Herzen des arktischen Gebiets veröffentlicht, wobei er seine Erfahrungen während einer Sommerfahrt zu den Eskimos von Nord-Grönland schildert. Senn hatte sich für seinen Besuch die nördlichste Kolonie von Eskimos erwählt, die wohl überhaupt auf der Erde besteht und sich in Etha in einer geographischen Breite von etwa 78¼ Grad befindet. Er machte die Reise mit einem Schiff, das dazu bestimmt war, eine Ladung Kohlen für die neue Polarexpedition von Peary nach Norden zu schaffen. Während die Eskimos weiter im Süden ihre ursprünglichen Eigenschaften durch Vermischung mit Angehörigen anderer Rassen bereits fast völlig verloren haben, finden sie sich in Etha noch ganz echt, weil sie von der Außenwelt so gut wie völlig abgeschlossen sind. Nur Peary hat sich viele Monate bei ihnen aufgehalten, kennt ihre Geschichte und Sprache und ist mit ihren Lebensgewohnheiten ganz vertraut. Die Eskimos sind nach den Angaben von Peary und Senn das schmutzigste Volk der Erde, und das will gewiß etwas heißen. Sie waschen sich nie, nicht einmal das Gesicht und die Hände. Infolgedessen geht von ihrer Haut und von ihren Pelzen ein Geruch aus, dessen Ueberwindung einen ungewöhnlichen Heroismus verlangt. Sonst sind sie ein zufriedenes, friedfertiges und gastfreundliches Volk und leben, wie Senn sagt, eine wahre sozialistische Gemeinschaft. Sie leben fast ausschließlich von rohem Fleisch, und daraus erklärt sich das Fehlen gewisser Krankheiten, die unter den Kulturvölkern häufig sind. Wichtig ist dabei der Gehalt des Meerwassers und aller darin lebenden Tiere an Jod. Während namentlich der Skorbut unter der Besatzung der früheren Polarexpeditionen und auch unter Eskimos, die mehr gekochtes als rohes Fleisch essen, zahlreiche Opfer gefordert hat, ist er unter den echten Eskimos ganz unbekannt. Peary hat von dieser Erfahrung Nutzen gezogen und seit großes Gewicht auf die Versorgung seiner Mannschaft mit frischem Fleisch, wodurch diese auch in der Tat stets von Skorbut ganz verschont geblieben ist, während das früher dagegen empfohlene Kalkwasser nach seiner Ansicht eher schädlich ist. Der Genuß von jodhaltigem Tierfleisch erklärt ferner, daß die Eskimos nie an Entzündungen der Mandeln und Halsdrüsen noch an Gicht leiden und zudem immer ein vollkommenes, prachtvolles Gebiß besitzen. Senn hat mehrere Eskimos von 60—70 Jahren untersucht und bei ihnen immer jeden Zahn an seinem Platz und gesund gefunden, wenn auch zuweilen bis auf den Gaumen abgekaut. Die Beine sind bei den Eskimos wegen seltenen Gebrauchs verkümmert, die Arme und die Brust dagegen ungewöhnlich stark entwickelt wegen des häufigen Ruderns und der Handhabung der Hundepeitsche und der Harpune. Auch vor der Appendicitis, dieser Geißel der Kulturvölker, scheinen die Eskimos geschützt zu sein, denn der Ausschluß jeder Pflanzenkost hat bei ihnen zu einer Verkürzung des Darms und zu einer fast vollständigen Verkümmerung jenes Anhangs geführt, der insbesondere als Appendix bezeichnet wird. Die Verdauungsfähigkeit des Magens ist bei ihnen eine geradezu wunderbare zu nennen, so daß Störungen trotz der uns unheimlich erscheinenden Ernährung durch rohes Fleisch und Tran fast niemals vorkommen. Senn meint geradezu, daß die Verdauungsorgane der Eskimos in ihrer Anatomie und Physiologie durchaus mit denen der Hunde zu vergleichen sind, die bei ihnen das einzige Haustier darstellen. Ganz wunderbar aber will es uns erscheinen, daß die Haut der Eskimos, die von Schmutz und Ungeziefer bedeckt ist, dennoch gegen Krankheiten gefeit zu sein scheint, denn fast nie sind auch nur geringfügige Hautkrankheiten bei ihnen zu beobachten gewesen. Auch Kahlköpfigkeit ist bei den Eskimos unbekannt, und selbst die ältesten Leute pflegen ihre kohlschwarzen Haupt- und Barthaare zu behalten. Männer und Frauen von 60 und mehr Jahren zeigen höchstens hie und da einen grauen Faden in ihrem üppigen Haarwuchs, der nie von einem Kamm berührt gewesen ist. Die Sinneskräfte sind mit Ausnahme des Geruchs sehr stark ausgebildet und nehmen auch in hohem Alter selten ab. Namentlich die Schärfe des Gesichts sowohl für nahe wie für entfernte Gegenstände muß bei diesem Volk geradezu in Erstaunen setzen. Ein Eskimo kann einen Hasen oder einen Vogel erkennen, der weit außerhalb des Gesichtsfeldes eines normalsichtigen Europäers liegt und auch die Entfernung mit untrüglicher Sicherheit angeben, während gerade die Schätzung von Entfernungen für jeden, der an die Atmosphäre des nördlichen Gebiets nicht gewöhnt ist, eine große Schwierigkeit bildet. Was nun die einzelnen Krankheiten betrifft, so ist es sehr viel leichter, eine Aufzählung derer zu geben, die bei den Eskimos vorkommen, als derer, denen sie nicht unterworfen sind. Tuberkulose in irgend einer Form ist bei ihnen ganz unbekannt. Professor Senn hörte nie einen Schwindsüchtigen husten, sah nie eine hektische Gesichtsfarbe oder irgend eine Art von Abzehrung, ebenso wenig Fälle von Lupus oder Tuberkulose der Knochengelenke oder Drüsen. Krüppel gibt es dort überhaupt nicht, es sei denn, daß gelegentlich jemand einen schweren Frostschaden erlitten hat. Dagegen verfallen die Eskimos bald der Lungentuberkulose, wenn sie in das gemäßigte Klima gebracht werden und sterben daran fast immer in wenigen Monaten. Von sechs Eskimos, die nach New-York verpflanzt waren, war nach einem halben Jahr nur noch einer am Leben, und dieser erholte sich wunderbar schnell, nachdem er in seine Heimat zurückgekehrt war. Eine der häufigsten Krankheiten der Eskimos ist der Rheumatismus; Geschlechtskrankheiten sind erst durch Weiße eingeschleppt worden. Geisteskrankheiten sind bei den Eskimos ganz unbekannt, wobei es gewiß wichtig ist, daß bisher alkoholische Getränke den Weg zu ihnen nicht gefunden haben. Im Ganzen genommen scheint aus diesen Erfahrungen hervorzugehen, daß die in letzter Zeit geäußerten und wohl meist als unsinnig betrachteten Pläne für die Errichtung von Sanatorien im höchsten Norden einer gewissen sachlichen Rechtfertigung nicht entbehren.

Rußland.

— Der deutsche Kaiser hat bei Gelegenheit des Empfanges des Reichstagspräsidiums sich mit den Herren auch über die Zustände in Rußland unterhalten und sie dabei als ernst bezeichnet. Dabei hat der Kaiser offenbar noch keine Kenntnis von dem bereits mitgeteilten großen Aufruhr gehabt, der in der Mandschurei ausgebrochen ist. Dort hat die Demoralisation der Truppen ganz ungeheuerliche Vorkommnisse gezeitigt. So haben die Truppen die Stadt Charbin in Ostasien geplündert, haben die Getreidespeicher niedergebrannt und einem Teil der Truppe, der der Regierung treu geblieben war, einen verzweifelten Kampf geliefert. Auch die in Mittelasien gelegene als Verkehrspunkt wichtige Stadt Irkutsk soll gänzlich niedergebrannt worden sein. In Rußland selber sind dazu die Meldungen aus den letzten Tagen nicht weniger beängstigend. In der am Schwarzen Meere im Süden des Kaukasus gelegenen für den Getreidehandel sehr wichtigen Stadt Noworossisk meutern die Truppen; sie haben die ganze Stadt in ihrer Gewalt. Alle Geschäfte sind geschlossen. Dazu kommen auf dem Lande die Bauernunruhen, die besonders in der Gegend der Bahn von Moskau nach Kursk immer gefährlicher werden. Die Landleute brennen die Schlösser ihrer adeligen Bedrücker ab und bedrohen die Eisenbahn. Die Flüchtlinge in den großen Städten erzählen von einem schrecklichen Elend, das allenthalben herrscht. Die Kaufleute gehen in großer Zahl bankerott, die Ernte ist infolge der schlechten Bestellung des Landes, die ihrerseits wiederum zurückzuführen ist auf die Entziehung der wichtigsten Arbeitskräfte des Landes durch den ostasiatischen Krieg, ganz mißraten. Mitte hat das ist das bedeutendste Zeichen der Situation, mit 4 anderen Ministern seine Entlassung erbeten. Dafür bleibt der Polizeiminister Durnowo, der es jetzt mit Gewalt versucht. Er hat auf die streikenden Eisenbahner mit Maschinengewehren schießen lassen; dabei sind sehr viel getötet worden. Die verständigeren Elemente des Landes hoffen, daß die Einberufung des neuen Parlaments, der Reichsduma, recht bald erfolgen werde, damit auf diese Weise die Beruhigung geschaffen werden könne.

Türkei.

* **Konstantinopel** 12. Dez. (Telegr.) Der arabische Stamm der Ruteiji, der am rechten Ufer des Tigris oberhalb von Bagdad seinen Sitz hat, wandte sich an England mit dem Ersuchen um Schutz, da die türkischen Behörden von Bagdad sich seines Gebietes bemächtigen wollen. England hat dieser Bitte entsprochen und schickte das Kanonenboot „Comet" nach Kiozimigh, um die türkischen Behörden zu zwingen, von ihrem Vorhaben abzulassen. Auf der Pforte wird dieser Fall als ein neuer Beweis dafür angesehen, daß England sich in Mesopotamien mit Hintergedanken trage.

* **Konstantinopel** 12. Dez. (Telegr.) Zwischen dem Sultan und den Mächten ist ein befriedigendes Abkommen erzielt worden. Der Sultan hat das Projekt der Finanzkontrolle angenommen, welches in der letzten Note der Mächte genau festgestellt worden ist.

Japan.

* **Tokio** 11. Dez. (Telegr.) Asahi Steinbum bespricht die Rede des Reichskanzlers, indem es dem Wunsche nach einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen Ausdruck gibt und den Aeußerungen des Fürsten Bülow über Ostasien beipflichtet. Das Blatt versichert, daß Japan friedliche Absichten habe. Die Rede des Reichskanzlers sei eine Anerkennung der englisch-japanischen Auffassung über Ostasien. Es sei erfreulich, daß die deutsche und japanische Politik jetzt zusammengehen können.

Die Wirren in Rußland.

* Der Sturm auf die Sparkassen in Petersburg nimmt deren Leistungsfähigkeit in hohem Grade in Anspruch. Die in den letzten Tagen aus den Staatssparkassen in Petersburg erhobene Summe beträgt 15 Millionen Rubel. Der amtliche „Regierungsbote" warnt das Publikum vor böswillig ausgestreuten Gerüchten über die bedrängte Lage der Staatssparkasse. Die Regierung weist darauf hin, daß den aus der Kasse entnommenen Einlagen in Privatwohnungen tatsächlich Gefahr drohe; die Klienten der Sparkasse aber könnten völlig ruhig sein, da die Finanzlage Rußlands hinreichend fest sei. Ein soeben veröffentlichter vorläufiger Kassenausweis über Rußlands Staatshaushalt im Laufe der ersten acht Monate d. J. weist verhältnismäßig sehr günstige Resultate auf. Es betragen in Millionen Rubel im Ordinarium die Einnahmen 1296 (mehr gegen das Vorjahr 70), die Ausgaben 1195 (weniger 16), im Extraordinarium die Einnahmen 717 (mehr 878), die Ausgaben 789 (mehr 529).

** **Petersburg** 11. Dez. (Telegr.) Die Reaktion arbeitet wieder mit Hochdruck. Es wurden von dieser Seite dem Kaiser durch Vermittelung einflußreicher Hofchargen zahlreiche Briefe vorgelegt, welche angeblich dem Wunsch von Bauern aussprechen, an dem gegenwärtigen Regime nichts zu ändern, außer, daß man ihnen Ländereien geben möge. Nachher möge man all den Komödien durch Parlamentsregime ein Ende machen, Witte wegschicken und mit dem Volk gegen die Utopisten regieren.

** **Kiew** 11. Dez. (Telegr.) Hier ist neuerdings eine Militärmeute ausgebrochen. Zwischen Kosaken einerseits und Infanterie andererseits kam es zu erbitterten Kämpfen, wobei die letzteren unterlegen sind.

B **Kiew** 12. Dez. (Telegr.) Fürst Trubetzkoi, einer der Führer der liberalen Semstwo-Partei, erklärt in einer Unterredung, die Ereignisse drängen zur Entscheidung. Das Wahlgesetz muß schnellstens veröffentlicht werden, das allgemeine geheime Wahlrecht ist unumgänglich. In der Beratung der Minister mit Vertretern einiger Parteien war die Majorität der letzteren für ein Kompromiß dahin, daß in den Städten das direkte, auf dem flachen Lande das indirekte Wahlsystem gelten soll. Ein Rückfall in den Absolutismus ist ganz ausgeschlossen.

* **Berlin** 12. Dezbr. (Telegr.) Den Morgenblättern zufolge hatten gestern abend auf eine Aufforderung mehrerer Professoren der Universität eine große Anzahl bekannter Männer Berlins, Gelehrter, Schriftsteller und Parlamentarier sich zusammengefunden, um über die Einsetzung einer Hilfsaktion großen Stils zugunsten der durch die Wirren in Rußland geschädigten Deutschen zu beraten. Nach mehreren Reden wurde ein Komitee gebildet, dem es obliegt, einen Aufruf zur werktätigen Hilfe zu erlassen.

* **Toulon** 12. Dez. (Telegr.) Der hiesige russische Konsul bestreitet die Blätternachrichten, daß an Bord eines russischen Schiffes eine Meuterei stattgefunden habe. Drei Matrosen, die entlassen werden sollten, hätten ihren Offizieren gegenüber unehrerbietige Aeußerungen gemacht und seien sofort nach Odessa geschickt worden.

* **Kopenhagen** 12. Dez. (Telegr.) Das hiesige Telegraphenamt teilte gestern abend mit, daß der telegraphische Verkehr zwischen Nystad und Petersburg wieder unterbrochen ist.

* **London** 12. Dez. (Telegr.) „Daily Telegraph" meldet aus Petersburg: Graf Witte sagte bei einem Interview, er sei der Ansicht, solange nicht diejenigen Elemente der Gesellschaft, die gegen die Anarchie sind, sich vereinigen, um sie zu ersticken, und mit den Ministern und dem Zaren zusammenwirken zur Verwirklichung der in dem kaiserlichen Manifest niedergelegten Grundsätze, solange möchte die Lage als wahrhaft ernst zu betrachten sein. „Ohne die moralische Unterstützung der Gesellschaft", soll Graf Witte [illegible] haben, „dauere die Anarchie an, bis schließlich die Nation die Unterdrückung der Revolution, sogar gewaltsam, fordere. Es sei unmöglich, daß dann die im Manifest verkörperten Grundsätze [illegible] rufen oder aufgeschoben würden. Er sage nicht, daß es [illegible] sehe, gebe aber zu, daß das nicht unmöglich sei."

* **Kopenhagen** 11. Dez. (Telegr.) Nach einer Meldung des hiesigen Telegraphen-Bureaus können Telegramme nach Petersburg jetzt wieder über Finnland gesandt werden, jedoch mit bedeutenden Verspätungen, da nur wenige und unsichere Verbindungen bestehen.

* **Petersburg** 11. Dez. (Telegr.) Infolge der von der Regierung angeordneten Verhaftung des Rates der Arbeiterdeputierten herrscht unter den Revolutionären eine große Verwirrung. Auf diese Tat war man nicht gefaßt. Man vermutet, Wittes Einfluß gebrochen ist und daß Graf Ignatiew Diktator werden könnte.

* **Kiew** 12. Dez. (Telegr.) Infolge des energischen Auftretens des Gouverneurs ist die Ruhe teilweise wiederhergestellt. Auch Post und Telegraphie funktioniert. — Aus Kiew wird gemeldet, daß auf Befehl des Synods das dortige Priester-Seminar bis zum nächsten Jahre geschlossen wurde, da sich unter den Seminaristen ein revolutionärer Geist bemerkbar machte. Auch das Gymnasium soll geschlossen werden.

* **Warschau** 12. Dez. (Telegr.) Der angedrohte allgemeine Eisenbahnerstreik war bis spät nachts noch nicht ausgebrochen. — Nachdem die Reservisten der Garnison in der Festung Nowogeorgiewsk sich äußerst erregt und widerspenstig zeigten, wurden gestern 1000 Mann in ihre Heimat entlassen.

* **Bukarest** 12. Dez. (Telegr.) Aus Kolarasch (Gouvernement Jalomitza) kommt die Nachricht, daß die Stadt ausgeplündert und niedergebrannt worden ist und jetzt einer Ruine gleicht. Hooligans haben im Einverständnis mit den Telegraphenbeamten an den Zaren mehrere Depeschen gerichtet, in denen sie um Erlaubnis baten, die jüdische Bevölkerung massakrieren zu dürfen.

Soziale Zeitschriften.

Wie das Studium der Nationalökonomie und die volkswirtschaftliche Literatur überhaupt, so hat in den letzten Jahren auch die soziale Zeitschriftenliteratur unter dem Wachstum des allgemeinen Interesses an der Volkswirtschaft und dem Vorantschreiten des Organisationsgedankens eine starke Vermehrung erfahren. Wie haben unzählige Blätter, die Berufs- und Organisationsinteressen [illegible] und wieder andere, die sich bemühen, die vielfältigen sozialen Bestrebungen und Theorien zusammenzufassen und kritisch zu würdigen. Von Zeitschriften, die uns nahe stehen, seien genannt: die „Soziale Kultur", die „Soziale Revue" und die „Monatsschrift für christliche Sozialreform". Letztere hat ihren Verlag gewechselt (jetzt Bäuler u. Drechsler in Zürich); in die Redaktion sind neben Prof. Dr. Beck eingetreten Dr. Decurtins und Reichsanwalt Dr. Joos. Auch die „Soziale Revue" hat die Redaktion gewechselt; der Domprädender Dr. Rehzbach, Freiburg i. B.) Die „Soziale Kultur" erscheint schon seit Januar 1905 in vergrößertem Umfang als Fortsetzung der altbekannten Zeitschrift „Arbeiterwohl" und der „Christlich-sozialen Blätter", die beide Jahrzehnte hindurch die größten Verdienste um die Vertiefung und Ausbreitung des sozialen Gedankens in Deutschland sich erworben haben. Prof. Dr. Hitze, dem Generalsekretär des Verbandes [illegible] der gleichzeitig seine Statuten der veränderten sozialen Arbeitspolitik anpaßte, trat ein Mitglied des Volksvereins-Direktoriums und in die Redaktion ein. Der 25. Jahrgang der „Sozialen Kultur", der in diesen Tagen vollständig geworden ist (720 Seiten), legt davon auch von dem erweiterten Programm ein schönes Zeugnis ab. Unter 50 Mitarbeiter aus allen Teilen Deutschlands, Namen von bestem Klang, sind in demselben vertreten, 31 leitende Aufsätze unterrichten über soziale Probleme, soziale Gesetzgebung und soziale Tätigkeit. In der ausgedehnten „Rundschau" wird eine Chronik des sozialen Vereinswesens, der Wohlfahrtsbestrebungen aller Art, des Genossenschaftswesens, der Berufsorganisationen, der sozialen Gesetzgebung, der sozial wichtigen Parlamentsverhandlungen, Kongresse 2c. geboten. Außerordentlich lehrreich sind die Literaturbesprechungen und die literarischen Notizen gehalten. Mit der „Sozialen Kultur" beweist der herausgebende Verband Arbeiterwohl und der Verlag, die Zentralstelle des Volksvereins, daß sie alles daran setzen, die geblieben und sozial führenden Volkskreise für eine energische konsequente soziale Arbeit zu gewinnen. Kein Gebiet wird hierbei vernachlässigt, selbst nicht das der Hauswirtschaft, auf dem übrigens „Arbeiterwohl" bahnbrechend vorangegangen ist durch „Das häusliche Glück". Soeben gibt z. B. der Verband ein vortreffliches Handbuch des hauswirtschaftlichen Bildungswesens aus der Feder Dr. Liesel heraus. Möge der Verband, der demnächst in Bonn (10. Januar) seine 23. Generalversammlung halten wird, in immer weiteren Kreisen zur Mitarbeit willige Hände und Herzen finden. Davon werden nicht zum wenigsten auch unsere christlich-sozialen Zeitschriften profitieren.

Vermischte Nachrichten.

= **Leipzig** 11. Dez. Der Mörder der kleinen Else Kaiser, der frühere Postschaffner Klaus Büther, welcher am 6. September vom Schwurgerichte Hannover zum Tode verurteilt worden ist, hatte Revision eingelegt. Diese wurde heute vom Reichsgerichte verworfen.

—* **Braunschweig** 11. Dez. (Telegr.) Bei einer Schießübung entlud sich aus unaufgeklärter Ursache das Gewehr des Musketiers Kliemann von der 6. Komp. des 92. Regiments, welcher sofort getötet.

—* **Bremen** 12. Dez. (Telegr.) Die neugegründete Nordlandlinie wird ihren ersten Dampfer am 10. März 1906 von Bremen über Antwerpen nach Punta Arenas, Corral, Talcahuano, Antofagasta, Iquique, Arica, Mollendo, Callao und Salaverry expedieren.

—* **Minden** 11. Dez. (Telegr.) Leutnant Elze vom 13. Pionierbataillon erschoß sich.

—* **Emden** 11. Dez. (Telegr.) Heute vormittag gegen 900 Arbeitswillige und 80 Ausgesperrte zusammen. Mehrere Personen wurden schwer verletzt, zahlreiche verhaftet.

—* **Straßburg i. E.** 11. Dez. (Telegr.) Mehrere verunglückten den Jagdhüter Schoepf in Scherweiler durch 15 Messerstiche tödlich. — Infolge Seilbruches stürzten zwei Schieferdecker ab; einer wurde getötet, der andere tödlich verletzt.

—* **München** 12. Dez. (Telegr.) Die gegen die vorläufige Enklassung der Stiftsvorsteherin Elise von Häußler aus dem Zuchthause erhobene Beschwerde der Staatsanwaltschaft ist vom Oberlandesgericht zurückgestellt worden bis zum Eintreffen eines weiteren Sachverständigen, der über den Geisteszustand des Dienstmädchens Wagner sein Urteil abgeben soll, auf Grund deren Aussagen die Häußler s. Z. verurteilt worden war.

—* **Paris** 12. Dez. (Telegr.) Der Forscher Rabiguet, welcher sich auf dem Radium-Gebiet große Verdienste erworben hat, ist gestern das Opfer seiner Forschungen geworden. Er hatte sich bereits seit einiger Zeit am rechten Arm verletzt und wußte, daß seine Wunde unheilbar war. Er hatte seiner Familie jedoch seine schlimme Lage vorenthalten.

+ **Zahnpflege und Verdauungskrankheiten.** Ein etwas realistisches Sprichwort sagt: „Der Mensch ist, was er ißt" und ist ebenso falsch wie manches andere. Nicht, was wir essen, sind wir, sondern unser Leben und unsere Arbeitsfähigkeit hängen von dem ab, was wir verdauen, da wir keineswegs alles verdauen, was wir essen. Zu einer genügenden Ueberführung der in den Magen aufgenommenen Speisen in den Körper gehört zunächst deren richtige Zubereitung. Das ist Sache der Kochkunst, für die das Wort „Kunst" unter allen Umständen berechtigt ist, da in der Tat zweckmäßiges und schmackhaftes Kochen eine Kunst ist, die aber im Interesse der Volksgesundheit ebenso in der Hütte wie im Palast geübt werden sollte. Die zweite gleichwertige Vorbedingung für eine ausgiebige Verdauung der genossenen Mahlzeiten ist die normale Erhaltung unserer Verdauungsorgane, als deren erstes der Mund mit seinen Zähnen und Speicheldrüsen bekannt werden muß. Jede Speise, welcher Art sie auch sei, kann nur dann von den Verdauungssäften in ausreichender Weise durchdrungen und in die zur Aufsaugung in den Körper geeignete Form umgewandelt werden, wenn sie genügend zerkleinert ist, und diesem Zweck des Zerbeißens und Zermalmens der Speisen dienen unsere Zähne. Für ihre Tätigkeit ist weder die Zubereitungsart als Püree noch die erhöhte Benutzung von Messer und Gabel ein vollgültiger Ersatz, weil das Kauen mit der Zerkleinerung auch gleichzeitig die Durchtränkung des Bissens mit Speichel zur Folge hat. Die ernährungsphysiologische Einwirkung des Speichels heißt wissenschaftlich Maltostase, und sie beruht auf der Veränderung der unlöslichen Mehlstoffe zu löslichem Dextrin, einer Art Zucker. Eben deshalb ist für den Säugling eine Ernährung mit mehlhaltigen Stoffen so überaus schädlich, weil bei ihm das Kauen und dadurch die Durchspeichelung der mehlhaltigen Nährstoffe fortfällt, so daß allein die Verdauungskraft im Dünndarm für diesen Zweck in Betracht kommen. Aus [illegible] sitzen die Fähigkeit der Diastase, aber mehr als eine Art Ergänzung die niemals die Wirkung des Mundspeichels vollständig machen kann. Sind nun die Zähne schlecht oder zum großen Teil fehlen, so wird das Kauen nicht so gründlich ausgeführt, als es für die Zerkleinerung und Durchspeichelung des Bissens erforderlich ist. Die Speisen kommen in großen Stücken in den Magen und werden hier leicht zu einem Ballast, einer Beschwerung, die sich subjektiv als Vollsein und unangenehmer Druck äußert, ganz abgesehen davon, daß die großen Stücke bei der Passage durch den Magen und den verdauenden Dünndarm nur zu einem Teil verdaut werden, und oft zum größeren Teil unverdaut wieder aus dem Körper ausgeschieden werden. Die nachteilige Belastung des Magens mit zu groß geteilten Speisemassen wird mit der Zeit die Ursache eines chronischen Magenleidens und schafft dadurch für den Körper eine Quelle dauernder Schwächung der Körperkraft und Störung des Wohlbefindens. Nicht aus Gründen der Eitelkeit, sondern weil sie eine unbedingte physiologische Notwendigkeit ist, muß daher die Zahnpflege auf das dringendste empfohlen werden, und jeder Mensch muß dafür sorgen, daß Zähne und Mund stets gesund bleiben, um ihrer bedeutenden Aufgabe für den Körperhaushalt gerecht werden zu können. Wer aber schon mit Magenstörungen zu tun hat, der möge dabei auch an seine Zähne denken und rechtzeitig feststellen, ob nicht etwa bei ihnen die Ursache für seine Beschwerden liegt.

√ **Das Doppelmikroskop** ist ein mikroskopisches Instrument, das [illegible] stand empfunden haben, [illegible] möglich ist, zwei Gegenstände [illegible] vergleichen. Wenn es nun [illegible] Unterschiede an zwei Präparaten [illegible] gewiesen, entweder, unter [illegible] nunmehrstell oder zwei Mikroskope [illegible] einen zum andern zu gehen, [illegible] Nähe, fordern auch ein [illegible] ein ganz zweckmäßiges Verfahren [illegible] ung, die diesen Mißstand [illegible] seitigte, konnte, dieser von [illegible] scheint jetzt durch eine Mikroskop einmal aus England [illegible] selbst daran gewöhnt haben [illegible] schaftlichen Optik aus [illegible] der in der letzten Versammlung [illegible] London vorgeführt worden [illegible] seiner Mikroskope [illegible] eine Vorrichtung [illegible] bige Gegenstände gleichzeitig [illegible] Dazu wird am Mikroskop [illegible] zweiten Objektträger auf [illegible] einen besonderen Spiegel [illegible] durch wechselnde Reflexe [illegible] die beiden Bilder nicht [illegible] rung hervorrufen; geht [illegible] heraus, so daß die beiden

Aus der Umgegend.

+ **Hersel** 12. Dez. Bei der am 1. Dezember cr. stattgehabten Volkszählung waren hier 874 männliche und 865 weibliche Einwohner, im Ganzen 1489 Einwohner in 269 Haushaltungen und in 235 bewohnten Häusern. Gegen 1900 eine Zunahme von 76 Seelen.

□ **Wesseling** 12. Dez. Am verflossenen Samstag sind die Bahnhofswirtschaften an der Rheinuferbahn vergeben worden. Die hiesige Bahnhofswirtschaft hat der Gastwirt Nikolaus Schröder von hier erhalten.

= **Leutesdorf** 11. Dez. Infolge der geringen Traubenernte und des noch immer flauen Weinabsatzes werden hier jetzt in den ebenen Lagen viele Weinberge, besonders solche mit roten Traubensorten bepflanzie, ausgehauen. In diesen Geländen legt man auch vielfach Obstpflanzungen an. Diese Umwandlung in der Ausnutzung des Bodens wurde schon vor mehreren Jahren öfter von Behörden, Vereinen und sonstigen Förderern der Landwirtschaft bezw. des Obst- und Weinbaues als zweckmäßig empfohlen.

* **Honnef** 11. Dez. Gestern Abend tagte im Saale des Winzervereins eine impofante Versammlung des Volksvereins für das kathol. Deutschland. Saal und Tribüne waren überfüllt. In der Einleitungsrede verbreitete sich Herr Kaplan Schnitzler über die Wichtigkeit des Volksvereins, dem jeder katholische Mann angehören müsse. Sodann redete Herr Redemptoristen-Pater Gerichhausen, mit stürmischem Beifall begrüßt, über die Bedeutung der Familie für die gesellschaftliche Wohlfahrt. Nachdem sodann der Geschäftsführer einen warmen Aufruf an die dem Verein noch Fernstehenden gerichtet, traten 40 neue Mitglieder bei.

+ **Eitorf** 11. Dez. Gestern fand hierselbst eine vom Bunde der Landwirte einberufene Versammlung statt, die, wie nicht anders zu erwarten war, sehr schwachen Besuch aufzeigte. Den Ausführungen des Bundesvertreters, Herrn Biker-Baulshof, traten besonders die Herren Lüttelex, Vikar in Dattenfeld und Schwalb, Lehrer in Leuscheid, entgegen. Das Hauptergebnis der Versammlung besteht darin, daß der hiesige Ortsverband des Rhein. Bauernvereins, der leider in letzter Zeit etwas eingeschlafen war, zu neuem, frischen Leben und Handeln geweckt wurde.

Provinzielles.

* **Köln** 12. Dez. Ausgerückt. Am 1. November übernahm ein Mann in einem unserer Vororte als sogenannter Vertreter eine Schenkwirtschaft. Er verbreitete sogleich, daß er das fragliche Haus nebst Wirtschaftsinventar mit einer Barzahlung von 17,000 ℳ gekauft habe und die Konzessionsübertragung zweifellos sei. Das wurde so glaubhaft dargelegt und von einem Helfer bestätigt, daß ein Gläubiger des Vorbesitzers sogar eine Arrestanlage auf die Anzahlungssumme ins Werk setzte. Agenten verschiedener Geschäftszweige freuten sich über die famosen Bestellungen des neuen Restaurateurs, der auf schleunige Lieferung drang und Zahlung am 9. Dezember sicherte. Handwerker erhielten Aufträge, und Anstreicher arbeiteten auf hohem Gerüst an der Verschönerung der Giebelflächen. Da verbreitete sich am Samstag morgen im Orte das Gerücht, der liebenswürdige neue Wirt sei nächtlicherweile „ausgerückt". Gruppenweise fanden bald die Gläubiger vor dem leeren Lokal. Weit konnte der Ausgerückte mit den verschiedenen Fuhren noch nicht gekommen sein, und wirklich ermittelte man, daß in einer abgelegenen Vorstraße in der Neustadt das Mobiliar angefahren sei. Mit Hilfe der Kriminalpolizei brachte man heraus, daß eine Fuhre in einer andern Straße abgeladen worden sei. Dort fand man 28 Fässer Bier von verschiedenen Brauereien, viele Fässer Schnaps, für über 300 ℳ Wein in Flaschen und Mengen feiner Liköre, mit welch letzterm, wie der „Stadt-Anz." berichtet, mehrere kleinere Wirte ihren Bedarf auf Jahre decken können. Der Fernsprecher wurde fleißig benutzt, Droschken fuhren hin und her und jeder ortsangesessene Lieferant tat die gesetzlichen Schritte, um in Sicherheit zu bringen, was noch zu retten war. Am meisten zu bedauern sind die Handwerker, denen jetzt stellte sich heraus, daß der Hauskauf wohl bei einem Rechtsanwalt vorbereitet, aber nicht getätigt war, weil die Anzahlung nicht geleistet wurde. Die Sache wird demnächst das Strafgericht beschäftigen.

* **Köln** 12. Dez. Der Rheinische Bauernverein hielt im großen Saale des Fränkischen Hofes eine gut besuchte Kreisversammlung ab. Nachdem Herr Schlösser sein Amt als Vorsitzender aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt, wählte man Herrn Esser-Rondorf zum Vorsitzenden. Generalsekretär Dr. Burr referierte alsdann über „Fleischnotagitation" und schilderte die wirtschaftlichen Verhältnisse des landwirtschaftlichen Gewerbes im allgemeinen. Mit Recht habe die Landwirtschaft einen höheren Agrarschutz verlangt. Der Rückgang in der landwirtschaftlichen Bevölkerung habe von 1892 bis 1895 wesentlich zugenommen. Dies sei ein Beweis, daß es der Landwirtschaft schlecht gehe. Handel und Industrie nehmen aber von Jahr zu Jahr zu. Die Ursache des Rückgangs der Landwirtschaft und der damit verbundenen steigenden Verschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes liege hauptsächlich an der intensiven Produktion in den transatlantischen Staaten. Der internationale Weltmarkt bestimme die Preise der Produktion. So liege denn in der Gesetzgebung die Entscheidung über Sein und Nichtsein der Landwirtschaft. Der Rheinische Bauernverein habe daher auf diesem Gebiete eine intensive Tätigkeit entfaltet, namentlich beim Zolltarifgesetz, und es stehe zu erwarten, daß durch die abgeschlossenen Handelsverträge die Lage der Landwirtschaft etwas gebessert werde. Die letzten Jahrzehnte der Gesetzgebung hätten der Industrie und den Arbeitern gegolten. Mancher kleine Bauer stehe hinter dem Arbeiter der Stadt weit zurück. Redner kam dann auf die Fleischnotfrage. Vielfach glaube man, und namentlich die städtische Bevölkerung, daß durch die Oeffnung der Grenzen in bezug auf die Viehpreise eine Besserung erreicht werde. Dem sei nicht so. Die Viehpreise seien im Auslande ebenfalls sehr gestiegen. Holland sei nicht in der Lage, viel Vieh abzugeben. Die Fleischteuerung, die gewiß nicht von der Landwirtschaft gewünscht werde, sei nur in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die Schweinezucht sei außerordentlich steigerungsfähig, und die deutsche Landwirtschaft sei recht wohl im Stande, den Bedarf an Vieh zu decken. In vielen Bezirken werde die Viehzucht nur als notwendiges Uebel angesehen, und wenn diese Kreise sich der Schweinezucht zuwenden würden, sei eine Ueberproduktion zu befürchten, die alsbald die Preise so drücken werde, daß die Zucht sich nicht mehr rentiere. Die heimische Produktion habe wiederholt schwere Schädigungen durch die Viehseuchen erlitten, und so müsse sich schon der Rheinische Bauernverein entschieden gegen die Oeffnung der Grenzen wenden. Die Forderungen des Städtetages seien unbegründet. Ein Vertreter der Städte könne in agrarischen Fragen kein Urteil fällen. Die Städte könnten schon zur Verbilligung der Fleischpreise beitragen. In vielen Gemeinden würden noch die Schlachtsteuern erhoben in einem Gesamtbetrage von 12—13 Millionen ℳ. Die Stadt Aachen erhebe beispielsweise pro Ochse 31,50 ℳ Schlachtsteuer; hierzu kommen die hohen Schlachtgebühren. Wenn man hier Milderungen eintreten ließe, werde das Fleisch schon billiger werden. Die Schweineschlachtungen hätten allerdings etwas abgenommen, aber bei Ochsen und Kühen sei eine Steigerung zu verzeichnen. — Herr Rechtsanwalt Gießen sprach alsdann über die „Markthallenordnung" in Köln. Mit großem Aufwand sei die Markthalle errichtet worden, aber die Ordnung vereitele dem Produzenten die Beschickung und verteure den Konsumenten die Ware. Die Halle diene nur dem Großhandel und das habe die Stadt doch wohl nicht gewollt. Sie habe auch versprochen, den berechtigten Beschwerden abzuhelfen. Ein schwerer Uebelstand sei das Verbot des Kleinverkaufs. Wenn der Großhandel bis 8 Uhr nicht erledigt sei, habe man den Rest der Waren zu einem andern Markt zu schaffen, um wort abermals Standgeld zu bezahlen. So erziele der Landwirt für die Reste oft nicht den Selbstkostenpreis. Ungerecht sei es ferner, daß auf den Großhandelsplätzen von 8—1 Uhr verkauft werden darf, während die Reste nur von 8—11 Uhr angeboten werden dürfen. Die Ordnung sei nicht auf hiesige Verhältnisse zugeschnitten, sonst habe man nicht das Verbot von verschiedenen Waren an einem Platz erlassen können. Wenn dieses Verbot auch nicht schonungslos durchgeführt werde, so existiere es doch. Die besten Plätze an den Ecken hätten die Händler sich gesichert, während der Produzent an die Wand gedrückt werde. Zur Zeit der Sommermärkte werde man auf den Heumarkt verwiesen, aber wer bis 11 Uhr nicht ausverkauft habe, müsse wieder in die Markthalle und abermals Standgeld zahlen, wenn er es nicht vorziehe, unter Preis zu verkaufen. Dieses geschehe fast ausnahmslos, und die Händler machten sich dieses zu nutze, indem sie ihre Einkäufe gegen 11 Uhr besorgten. Redner bespricht dann kurz die Schlachthausordnung, die eine Ausschaltung der Produzenten vom Markt bewirke. Nach einer unwesentlichen Debatte beschloß man, wie das „K. Tgbl." berichtet, einstimmig folgende Eingabe an die Stadtverordneten-Versammlung zu richten: „Die im Fränkischen Hof am 10. Dezember tagende Kreisversammlung des Rheinischen Bauernvereins unterbreitet dem hohen Stadtverordneten-Kollegium die ergebene Bitte, bei der städtischen Verwaltung eine Abänderung der Markthallenordnung vom 12. November 1904 in Anregung zu bringen, die den besonders gearteten Kölner Marktverhältnissen, bei denen der größte der Marktbeschicker zu den Produzenten gehört, Rechnung trägt. Die Versammlung hält es zur Erreichung dieses Zweckes für notwendig, daß das Verbot des Kleinverkaufs an den Großhandelsplätzen von morgens 8 Uhr an beseitigt, gleichlaufende Verkaufszeiten auf den Sommermärkten und in der Markthalle eingeführt, in- und ausländische Produkte einer gleichen Behandlung unterworfen, die Kleinhandelsplätze an der Markthalle entfernt oder zweckmäßig eingeteilt und schließlich den Produzenten der Verkauf ihrer sämtlichen Produkte von ein und demselben Stande aus, gestattet wird.

* **Mülheim** (Rhein) 11. Dez. Dem Herrn Landtagsabgeordneten Pleß sandte die hiesige Zentrumspartei zu seinem heutigen 80. Geburtstage ein herzlich gehaltenes Glückwunschschreiben, in welchen die Verdienste, die der hochbetagte Herr sich um die Zentrumspartei erworben hat, besonders hervorgehoben werden. Von seiten der Zentrumsfraktion des hiesigen Stadtverordnetenkollegiums, welchem Abg. Pleß ebenfalls seit einer langen Reihe von Jahren angehört, wurde ein Glückwunschtelegramm nach Berlin gesandt. Herrn Pleß wird die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages heute durch eine besondere Feier ehren und ihren Dank für seine rastlose Tätigkeit abstatten.

* **Düsseldorf** 12. Dez. Nach dem Berichte des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz sind im Jahre 1904 eingegangen: 16,460 Invalidenrentenanträge, 888 Altersrentenanträge, 1064 Berufungen, 211 Revisionen, 8170 Anträge auf Heilverfahren, 16,453 Erstattungsanträge in Heirats-fällen, 2667 in Todesfällen, 160 in Unfällen, zusammen 46,023. Die Zahl aller Geschäftseingänge betrug 261,892. Zur Post gegeben wurden 174,308 Sachen. Der Kassenumschlag beziffert sich auf 5,054,998 ℳ bar und 96,624,422 ℳ Anrechnung, zusammen 101,679,420 ℳ. Beschäftigt waren 185 Beamte. Die Verwaltungskosten im engeren Sinne waren 477,853, überhaupt 824,486 ℳ. Die Anstalt hat die niedrigsten Verwaltungskosten. An Beiträgen sind abzüglich der vernichteten und zurückgezahlten Marken 16,082,853 ℳ eingegangen für 60,279,449 Beitragswochen. Die Zahl der Strafverfügungen betrug 9610 mit einem Betrage von 62,196 ℳ. Beschwerden gab es mit Erfolg 47, ohne 324. Im Regierungsbezirk Coblenz wurden 437 Strafverfügungen erlassen. Von den bewilligten Renten fallen etwa ⅓ auf Männer, ⅓ auf Frauen, ⅓ auf Landwirtschaft, ⅔ auf Industrie, zwei Achtel an die anderen Berufsgruppen. Die Kosten der Schiedsgerichtshaltung stellten sich auf 25,204 ℳ. An Karten sind neu eingegangen 1,055,075 Stück. Davon gehörten 131,967 an andere Anstalten. Die Gesamtzahl aller aufbewahrten Karten betrug annähernd 11,422,809. Das Gesamtvermögen waren 124,512,433 ℳ.

* **Solingen** 12. Dez. (Telegr.) Der etwa 800 Mitglieder zählende Taschen- und Federmesser-Arbeiterverein hat den schon seit 6 Monaten andauernden Ausstand bei der Firma Gottlieb Hammerschmidt für aufgehoben erklärt. Damit ist schon die 4. Bresche in das Gewerkschaftskartell gelegt worden.

* **Essen** (Ruhr) 10. Dez. Im „Kriegerheim" fand gestern Abend ein Kommers der Feuerwehren Essens statt. Ein noch jugendlicher Bursche, der sich den Eintritt erzwingen wollte, von den Wachthabenden aber zurückgewiesen wurde, zog sein Messer und stach einen der Feuerwehrmänner nieder. Der Täter wurde sofort festgenommen.

* **Neuß** 11. Dez. Der bisherige Kreisschulinspektor Kunze hierselbst ist zum Seminardirektor mit dem Range der Räte vierter Klasse ernannt und ist ihm das Direktorat des Lehrerinnenseminars in Arnsberg verliehen worden.

* **Hagen** 12. Dez. Vom Stiftleinenen Bureaukratismus erzählt die „Hag. Ztg.": Mehrere hiesige Mitglieder der „Sterbekasse der Rhein.-Westfäl. Kommunalbeamten in Essen" erhielten eine Mahnung dahingehend, daß an ihrem Mitgliedsbeitrag für 1905 noch —,1 Pfennig — fehle, der innerhalb 8 Tagen einzuschicken sei, widrigenfalls nach § 6a der Statuten (betr. Ausschließung) verfahren würde. Die Mahnkarte ist mit einer 5 Pfg.-Marke versehen, die auch zu ersetzen ist. Die betr. Mitglieder, die sich nicht bewußt sind, die Kasse auch nur um einen Pfennig getränkt zu haben, haben natürlich ebenfalls durch Postkarte die „hohe" Forderung zurückgewiesen. Sollte die Kasse auf ihrem Schein beharren, so wird den Mitgliedern nichts anders übrig bleiben, als den rückständigen Pfennig-Beitrag und 5 Pfg. für Porto durch Postanweisung einsenden, was mit Bestellgeld noch besondere 15 Pfg. kostet, wenn nicht inzwischen durch den weiteren Kartenwechsel noch höhere Kosten entstanden sind.

* **Geldern** 12. Dez. In einer hier stattgehabten, zahlreich besuchten Versammlung von Tabakinteressenten, der auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Marcour beiwohnte, wurde folgende Resolution gefaßt: „Die im Saale des Herrn Joh. Kraß in Geldern von zirka 500 Personen besuchte Versammlung von Tabakinteressenten erklärt sich gegen die von der Regierung geplante Besteuerung von Rohtabaken des Tabakgewerbes, welches heute schon 70 Mill. ℳ an Steuern und Zöllen aufbringt. Es würde ohne Zweifel durch eine höhere Besteuerung schwer geschädigt. Es ist zweifellos, daß eine große Anzahl der 180,000 Personen, welche die Tabakindustrie beschäftigt, brotlos werden würde, besonders, da die Arbeitskraft der vielen schwächlichen Arbeiter für andere industrielle Berufe und besonders für landwirtschaftliche Beschäftigung nicht ausreichen kann. Die Versammlung bittet den hohen Reichstag, in Gemäßheit des § 6 des Flottengesetzes, von jeder, den Massenkonsum betreffenden Belastung Abstand nehmen zu wollen und insbesondere eine Erhöhung der Tabaksteuer abzulehnen."

* **Mannheim** 11. Dez. Vor seiner Wohnung am Friedrichring wurde in der gestrigen Nacht der Kaufmann Karl Herr fürchterlich zugerichtet. Zwei Betrunkene hatten die Hausglocke ohne Aufhören in Bewegung gesetzt. Als Herr sie deshalb zur Rede stellte, fiel der eine mit einem Dolche über ihn her und riß ihm den Nacken von einem Ohr bis zum andern auf. Die Wunde geht bis auf die Wirbelsäule, sodaß es von hinten gesehen den Eindruck macht, als sei der abgeschnittene Kopf auf den Hals gesetzt. Außerdem erhielt Herr eine Stichwunde in den rechten Arm, die drei Finger breit klaffte. In schwerverletztem Zustande wurde Herr dem Allgemeinen Krankenhaus übergeben. Als Täter kommen, laut „Frkf. Ztg.", der Einkassierer der Bad Brauerei und ein städtischer Bureaugehilfe in Betracht.

Bonner Lokal-Nachrichten.

Bonn 12. Dezember.

D **Universität.** Geheimrat Prof. Dr. E. Pflüger feiert am 16. d. sein goldenes Doktorjubiläum.

□ **Die Stadtverordneten** treten am Freitag zu einer Sitzung zusammen mit folgender Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die Gültigkeit der Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung und Bestimmung der Wahlperiode der in den eingemeindeten Vororten gewählten Stadtverordneten. 2. Tarif für die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerk. 3. Festsetzung eines Fluchtlinienplanes. 4. Aufhebung eines Fluchtlinienplanes. 5. Straßenregulierung an der Ecke Louisen- und Reuterstraße. 6. Regulierung der Bahnhofstraße zwischen Meckenheimer- und Poststraße. 7. Aufstellung von Hydranten in den eingemeindeten Vororten. 8. Dienstbekleidung der Schaffner und Kutscher der Pferdebahn. 9. Beschaffung von Pferden für die Pferdebahn. 10. Bewilligung eines Zuschusses für die Veranstaltung von Opern- und Operetten-Vorstellungen im Stadttheater. 11. Gesuche um vielfreie Benutzung der Beethovenhalle. 12. Betriebsordnungen für den Schlacht- und Viehhof. 13. Festsetzung von Spezialrechnungen für 1904.

D **Verletzung der Rechte des Nebenklägers.** Das Landgericht Bonn hat am 7. Januar den Metzger Heinrich Theissing von der Anklage des Vergehens betr. das Urheberrecht freigesprochen. Auf die Revision des Nebenklägers hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil der Nebenkläger, obwohl er als solcher zugelassen war, zur Hauptverhandlung nicht vorgeladen worden war.

* **Ein eigenartiger neuer Feuermelder,** der nicht mißbraucht werden kann, ohne daß der Uebeltäter sofort gefaßt wird, ist soeben in Neuyork in Tätigkeit gesetzt worden. Der Feuermelder steht wie auch der jetzt gebräuchliche in einem Gehäuse; sobald dieses sich öffnet, werden durch ein ununterbrochenes Läuten die Feuerwachen und Hilfswachen herbeigerufen. Im Innern befinden sich zwei kleine Türen mit einem Spalt, durch die man die Hand stecken muß, um das Feuersignal zu geben. In dem Augenblicke aber, wo dies geschieht, ergreift eine Handfessel aus Aluminium, die mit Kautschuk bekleidet ist, das Handgelenk der Person, die das Signal gibt und hält sie so lange gefangen, bis die Feuerwehrleute kommen. Diese erst können den Gefangenen befreien; wenn er einen falschen Feuerlärm gegeben hat, wird er auf diese Weise in flagranti ertappt.

□ **Marktbericht** vom 12. Dezember. Nieren-Kartoffeln per Zentner 3 ℳ, rote Kartoffeln 4 ℳ, weiße Kartoffeln 3,50 ℳ, Magnum bonum 3,50 ℳ, Kopfsalat neue 15 ₰, Endivien 8 ₰, Blumenkohl hiesige 20 ₰, fremde 60 ₰, Kohlrabi 4—10 ₰, Rettig 25 ₰, Sellerie 5 ₰, Breitlauch 5 ₰, dicke Zwiebel 8 ₰, Karotten 3 Gebund 10 ₰, Wirsing 10 ₰, Rottohl 12 ₰, Weißkohl 10 ₰, fremder Wirsing 30 ₰, fremder Kappus 25 ₰, fremder Rotkohl 30 ₰, Maronen 20 ₰ per Pfund, Kokosnüsse 20—25 ₰ per Stück, Mandarinen 10 ₰ per Stück, Apfelsinen 5—8 ₰, Zitronen 8 ₰, Mähren Portion 10 ₰, Spinat 12 ℳ per Zentner, Birnen 15—30 ₰ per Pfd., Aepfel 15—25 ₰, Tomaten 20 ₰, Trauben 60 ₰, Nüsse 100 Stück 70 ₰, Haselnüsse 40 ₰ per Pfund, Eier (Viertel) 4 ℳ, Butter Pfd. 1,30 ℳ, junge Hahnen 1,20—1,50 ℳ, Hühner 1,80—2 ℳ, Paar Tauben 1,40 ℳ, Enten 3 ℳ, Hasen 3,50—4 ℳ, Kaninchen 1,20 ℳ, Krammetsvögel Pfd. 40 ₰, Backfische 30 ₰.

— **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: 108 Stück Großvieh, 162 Schweine, 89 Kälber u. 15 Schafe. — Preise für 50 Kg Schlachtgewicht: Stiere 1. Qualität 71—00, 2. 66—68, 3. 60—64, Kühe und Rinder 1. Qualität 70—00, 2. 67—00, 3. 60—63. Schweine 1. Qual. 78—00, 2. 71—72, 3. 00—00. Kälber Doppell. 00—000, 1. Qual. 80—00, 2. 75—00, 3. 70—00. Geschäftsgang: Großvieh schleppend, Schweine anfangs flau, später lebhafter; Kälber lebhaft.

Am 10. Dezember wurden geschlachtet aus Holland eingeführt: 16 Viertel Großvieh, 8 Jungvieh, 6 Kälber.

Die Wirren in Rußland.

* **Petersburg** 12. Dez. (Telegr.) Ueber Exekutionen. Die Verhaftungen in Petersburg und Moskau und die in den letzten Tagen in der Provinz erfolgte Verhaftung vieler Mitglieder des Bauernverbandes schaffen, wie man annehmen kann, eine veränderte Sachlage. Wenn auch in der Sitzung der Arbeiterdeputierten vom Sonntag behauptet wurde, die Verhaftung Chrustalews sei ein lokales Ereignis, das den Generalstreik als Protestkundgebung nicht zum Halse haben könne und, obschon die Sitzung mit der Versicherung des Vorsitzenden schloß, der Zug sei nicht fern, wo das Proletariat Herr von Petersburg sein werde, erweist man doch den Eindruck, daß das Ereignis auf die Leiter der revolutionären Bewegung um so niederdrückender gewirkt hat, als die Inszenierung des Generalstreiks gegenwärtig unmöglicher erscheint. Gegen Chrustalew wird dem Vernehmen nach Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zum Bewaffnetaufstand mit Waffengewalt erhoben werden. Der Post und Telegraphenstreik dürfte ebenfalls durch die Verhaftungen beeinflußt werden; er dauert noch fort, flaut jedoch mit jedem Tage mehr ab. Durnowos Tagesbefehl, dem sogar die „Nowoje Wremja" Unverschämtheit vorwirft, wirkt auf die Post- und Telegraphenbeamten niederdrückend, zumal die Zahl der Entlassenen, unter denen sich auch höhere Beamte befinden, sehr groß ist. Der Postdienst kommt, wenn auch langsam, wieder in Gang, weit langsamer der Telegraphendienst. Hier in Petersburg scheint sich unterdessen ein Sciherstreik als Protest gegen die Verhaftung Chrustalews zu entwickeln.

* **London** 12. Dez. (Telegr.) „Daily Telegraph" bringt über die gestern von ihm gemeldete Meuterei in der russischen Mandschurei-Armee noch folgende Depesche aus Tokio: Die Kavallerie des Generals Madariaff drang nachts in Charbin ein, zündete die Kaserne an und tötete etwa 300 aus dieser flüchtende Meuterer. Die treu gebliebenen Truppen feuerten in der Dunkelheit aufeinander, bis schließlich Madariaffs Truppen von den Meuterern umringt, die dem Feuer der Maschinengewehre entgegenströmten, wobei viele getötet wurden. Inzwischen breiteten sich die Flammen über die ganze Stadt aus.

* **Petersburg** 11. Dez. (Telegr.) Ueber Exekutionen. (Petersburger Telegr.-Agentur.) Eine Drahtmeldung des Kommandanten der Festung Kutschta berichtet eingehender über die dort seit dem 26. November wahrgenommenen Versuche der Revolutionäre, die Garnison zu gewinnen. Die Eisenbahn- und Telegraphenbeamten traten in den Ausstand. In einer am 1. Dezember auch von Unteroffizieren besuchten Versammlung wurde beschlossen, die Notwendigkeit der Festung zu beseitigen und durch Revolutionäre zu ersetzen. Hierauf erfolgte die Verhängung des Belagerungszustandes und die Verhaftung von drei Rädelsführern, darunter die des Ingenieurs Sokolow. Gegen die Verhafteten wurde die Voruntersuchung eingeleitet. Am Tage darauf wurde der Haupträdelsführer, der Meuterer Simonow, der auch in Petersburg durch seine revolutionäre Tätigkeit bekannt ist, verhaftet.

Telegramme und Neueste Nachrichten.

* **Berlin** 12. Dez. (Telegr.) Im Reichstag führte Posadowsky u. a. aus: Für die Gewährung von Tagegeldern beständen wichtige sachliche, dagegen aber sehr schwere politische Gründe. Für eine ganze Reihe von Mitgliedern des Hauses hat die Gewährung von Tagegeldern gar keine wirtschaftliche Bedeutung. Die Erscheinung des Absentismus ist darin begründet, daß wir in den letzten Jahren eine solche Masse von politischen Körperschaften geschaffen haben und daß die Mitglieder des Reichstages auch in anderen Körperschaften in Anspruch genommen sind.

* **Berlin** 12. Dez. (Telegr.) Der Seniorenkonvent beschloß, die Weihnachtsferien am 15. ds. einlaufen zu lassen.

* **Paris** 12. Dez. (Telegr.) Aus Toulon wird berichtet, der Seepräfekt Admiral Marquis habe dem Staatsanwalt angezeigt, daß sich eine Vereinigung gebildet habe, die den Namen „Vereinigung der Antipatrioten" führt und viele Arbeiter als Mitglieder zählt. Aus einem beschlagnahmten Schriftstück gehe hervor, daß die Mitglieder der Vereinigung sich verpflichten, die Vaterlandsliebe zu zerstören, den Militarismus zu bekämpfen und die Offiziere aller Grade und Waffengattungen der öffentlichen Verachtung preiszugeben. Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Führer dieser Vereinigung durchweg Arsenalarbeiter sind. Der Seepräfekt begibt sich heute nach Paris, um dem Marineminister Bericht zu erstatten.

* **London** 12. Dez. (Telegr.) Heute nachmittag fand eine Versammlung der liberalen Liga statt, wobei Lord Rosebery äußerte: Ich benutze diese Gelegenheit, um meinen Freund Campbell-Bannermann zu beglückwünschen zu der Stellung, die er erreicht hat, und für seine lange, treue und angestrengte Arbeit für die liberale Sache zu danken. Wir alle haben das Gefühl, daß die verfassungsgemäße Regierung uns mit Vertrauen erfüllen wird. Der Eintritt in das Kabinett von vier Vizepräsidenten der liberalen Liga: Asquith, Fowler, Grey und Haldane, ist eine Garantie für die Verwirklichung der ökonomischen Finanzwirtschaft und der Stärke der Milde unserer auswärtigen Politik. Rosebery ging sich im Längeren über Bannermanns Home Rule und Rede in Stirling und sagte fort: Ich bin überzeugt, daß Gray und andere der Ansicht sind, daß die Auslegung, welche ich dieser Rede gegeben habe, unrichtig ist. Ich teile aber diese Ueberzeugung nicht, ich halte unverrückbar an dem, was ich in Bodmin gesagt habe, fest. Ich kann daher an der Wahlkampagne nicht weiter teilnehmen und glaube nicht, daß die Home Rule-Bill in der nächsten Session eingebracht wird. Meine Befürchtungen gehen aber dahin, daß nach der Rede in Stirling zwar nicht ein irisches Parlament in Dublin, wohl aber ein irisches Parlament in London und ein englisches Parlament unter der Herrschaft der irischen Partei von Bannermann die Einlösung seiner verpfändeten Versprechungen fordern wird. Daß Bannermann seit seiner Rede in Stirling geschwiegen habe, war ein Fehler und würde verhängnisvoll gewesen sein, wenn nicht Bannermann den Vizepräsidenten der Liga die nötigen Aufklärungen gegeben hätte. Es wird für die Regierung unmöglich sein, die nächsten Wahlen zu überleben, wenn die Regierung sich nicht klar und unzweideutig über die irische Politik äußert.

* **London** 12. Dez. (Telegr.) Lord Avebury sandte den Zeitungen eine Zuschrift, worin die Behauptung des bisherigen Parlamentssekretärs des Handelsamtes, Bonar Law, daß Deutschland einen Markt von 60 Millionen Menschen darstelle, von dem England ausgeschlossen sei, widerlegt wird. Avebury erklärte, Deutschland schließe nicht nur England von seinem Markt nicht aus, sondern nehme gegenwärtig von den englischen Erzeugnissen mehr als irgend ein anderes Land der Welt ab, mit Ausnahme von Indien.

Briefkasten.

Fronhard 200. Mit 18 Jahren. Reichen Sie ein Gesuch bei Ihrem Amtsgericht (Vormundschaftsgericht) ein.

Kaninchenfang. A. O. 101. Sie dürfen auf Ihrem Eigentum Kaninchen fangen, auf anderem nur mit schriftlicher Erlaubnis des Eigentümers. Andere Genehmigung ist nicht nötig.

Handel und Verkehr.

* **Berlin** 12. Dez. (Telegr.) Fondsstimmung. Im Gegensatze zu der gestrigen Festigkeit der Nachbarbörse war die Tendenz der Börse bei Eröffnung schwach. Die Nachwirkung der Diskonterhöhung kam in großer Zurückhaltung zum Ausdruck, in einzelnen Märkten durch Angebot zum ersten Kurse, als wie in Laurahütte, die bei 226,75 um 2¼ Prozent niedriger einsetzten. Auch Kohlenaktien waren über 1 Prozent niedriger. Von Hüttenaktien waren Dortmunder 1 Prozent und Bochumer ca. ¼ Prozent niedriger. Rhein. Stahl-Aktien gut behauptet (196,50). Banken waren ca. ½ Prozent niedriger; Reichsanleihe fest (89,20). Russen waren niedriger, 1906er notierten 66,40; 1906er Russen-Noten notierten gleichfalls 1 Prozent schwächer (87,50). In Zusammenhang mit der Londoner Zeitungsmeldung, daß Graf Witte erklärt habe, daß es nicht unmöglich, daß bei andauernder Anarchie in dem Manifest-ausgestellten Grundsätze widerrufen oder aufgehoben werden würden, wahren waren Befürchtungen

Marktpreise.

(Berichte vom 12. Dezember.)

Köln. Durchschnittspreise. Enten 2.50—3.50, Gänse 5.50—7.00 Hühne alte 1.50—2.00, junge 1.00—2.80, Hühner alte 1.50—2.50 junge 1.00—2.50, Schnepfen 4.50, Tauben alte 0.50, junge 0.70 das Stück. Hasen 4.00. Schmutter 2.40—2.60 das Kilo. Landeier 3.00 bis 3.50 das Viertel. Kartoffeln weiße 7.00—7.50, rote 7.50—8.00, Nieren 10.00—11.00 ℳ die 100 kg. Zwiebel 8—10 ₰ das kg. Champignons 30 bis 60, Kochäpfel 20—35 die 100 kg. Rindfleisch 1.34—1.40, Kalbfleisch 1.61—1.80, Hammelfleisch 1.32—1.70, Schweinefleisch 1.90—2.07 Speck geräuchert 1.90—1.95, gesalzen 0.00—0.00 ℳ das kg.

Köln. Rüböl (in Posten von 5000 kg) 52.50 B. Mai 53.50 B 53.00 G. Hafer 00.00—00.00. Leinöl 00.00—00.00. Maschinenschmieröl 0.00. Nichtschmieröl (hiesigen Handel) 0.00. Petroleum 0.00.

Rendsburg. Neuer Weizen Ia 17.50, IIa 16.50 ℳ Neuer Roggen Ia 15.90, IIa 14.90 ℳ, Hafer alter Ia 16.70, IIa 00.00, neuer Ia 15.00, IIa 14.00 ℳ für 100 kg. Kartoffeln 3.00—3.40 ℳ. Heu 2.60—3.00 ℳ. Leinsamen Ia 44.00 ℳ für 50 kg. Rapssamen per 100 kg. Hiegel 00.00 ℳ für 500 kg. Rüböl 51.50, saisonweise 53.00 ℳ, geringes bis 54.50 für 100 kg. Rübkuchen 119 ℳ für 1000 kg. Ia kleinerer Posten 123 ℳ, Kleien 6.50 ℳ für 50 kg.

Berlin Nov 12. Dez. Saatenbericht von L. & P. Wissinger. Die Zufuhren blieben wiederum klein, und die Erklärung, welche von allen Seiten dem Nachfragenden gegeben wird, ander mit der Zusicherung, daß Ware wohl da sei, daß aber bei der herrschenden Witterung das Niedreschen zurückstehen müsse. So hört man's aus unserem Osten und aus allen Teilen Oesterreichs. Aus Rußland kommen zu dem gleichen Berichte noch die Hinweise auf die Verkehrsstockung, die kaum die Beförderung der Korrespondenz, geschweige denn von Massengütern zulasse. Immer mehr gewinnt das Unerklärliche der dortigen Verhältnisse, nachdem es sich auf andern Gebieten schon fühlbar äußert, seinen besonderen Einfluß auch auf das Saatengeschäft. Es hängt somit in letzter Linie die Preisbildung bei Mangel von dem rechtzeitigen Bekommen der dortigen Vorräte und nicht weniger von dem Umfange der deutschen Ernte ab, für welche vorher niemals bestimmte Zahlenwerte bei der Schätzung einzustellen sind. Nicht ohne Bedeutung ist außerdem das vorjährige Lager. Die Erinnerung an das Notjahr mag auch heute noch etwaige Bedenklichkeiten überwinden; erst Ende Januar ließ damals dem Umschlag ahnen, und im Februar kamen dann die unaufhörlichen Zufuhren, welche die Lage dann umkehrten. Auch in den anderen Kleesaaten fehlen deutsche Zufuhren aus der neuen Ernte fast gänzlich; das Gleiche ist der Annotee der Fall, der verhältnismäßig reichlich geerntet sein soll und nur nicht herauskommt. Serradella, Lupinen und andere Hülsenfrüchte verhalten sich nicht anders; es geht also nicht an, bei dem einen Artikel die Lage als beängstigend zu beurteilen, die wir in allen übrigen als eine durchaus natürliche empfinden.

Unsere Preise gelten bei Kler durchweg für feldereine Saaten. Wir notieren:

Rotklee, in Prima-Qualitäten, norddeutsch 62—65, russisch 60—66, in ungereinigter und mittlerer Ware ermäßigen sich die Preise, den zahlreichen Qualitäten entsprechend, bezeichnen sein bis hochfein 60—64, mittelfein 56—59, Schwedenklee 60—66, Gelbklee 23—26, Wund- oder Tannenklee 48—60, Inkarnatklee 25—30, Bokharaklee 38—41, Luzerne, provencer 56—64, Bundluzerne 62—65, Esparsette 16—18, engl. Raygras 16—17, ital. 19—23, franz. Raygras 53—59, Timothee 20—26, Knaulgras 52—64, Honiggras 16—22, Wiesenschwingel 38—42, Schafschwingel 16—20, echte Havelmilik 110—130, Fioringras 25, enthülst 40—44, Wiesenfuchsschwanz 70—85, Rohrschwingras 48, compressa 28, Seuf 14—16, Serradella 8—10 ℳ, per 50 ℳ ab Berlin. — Lupinen, gelbe 125—135, blaue 110—125, Wicken 190—210, Erbsen, kleine gelbe, 200—220, Peluschken 230—250 ℳ, per 1000 ℳ Parität Berlin.

Hamburg. Weizen

St. Sebastianus Schützen-Gesellschaft Bonn.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Mitglieder von dem Ableben unserer Schützenschwester,

Frau Carl Zenz

gefl. in Kenntnis zu setzen. 5899

Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch den 13. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause Coebenstraße 28 aus nach dem Friedhofe in Poppelsdorf, und werden die Mitglieder gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Die Seelenmesse der Gesellschaft findet am Samstag den 16. Dez., Morgens ¼ vor 8 Uhr in St. Remigius statt.

Gerichtlicher Verkauf.

Am Mittwoch, den 13. Dez. 1905, Vormittags 10 Uhr, sollen im Pfandlokale, Kasernenstraße 16 (Zum Vater Rhein)

15 gr. und 30 kl. Blumenvasen, 10 Töpfe mit Palmen

öffentlich meistbietend versteigert werden. 5848

Lichtenberg, Gerichtsvollzieher in Bonn.

Gerichtl. Verkauf.

Am Donnerstag, den 14. Dez. 1905, Vormittags 10 Uhr, sollen im Auktionslokale bei Gastwirt Roth in Poppelsdorf

verschiedene Mobilien,

sodann um 11 Uhr in der Eintracht zu Bonn

eine Nähmaschine

durch den Unterzeichneten öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigert werden. 5849

Kulau, Gerichtsvollzieher in Bonn.

Oeffentliche Versteigerung.

Am Mittwoch, den 13. Dez. 1905, Vormittags 11 Uhr sollen zu Bonn im Versteigerungslokale Sandkaule 15 im Wege der Zwangsversteigerung gegen Barzahlung versteigert werden 5850

verschiedene Mobiliar-Gegenstände.

Bogen, Gerichtsvollzieher in Bonn.

Herabgesetzte Preise.

Echt eichen Schlafzimmer	240
Echt nuß. Schlafzimmer	250
Eichen geschn. Buffet	150
Echt nuß. Buffet	150
Sopha mit Umbau	120
Reine Plüsch-Garnitur	160
25 Divan abklappbar von 25—60	
Ganze Aussteuern billigst.	
Eichen Ausziehtisch	60
Wachstuch Ausziehtisch	30
Diplomat-Schreibtisch	65
Herren-Schreibtisch	38
Betten mit vollständiger Einlage u. hoh. Haupt	45

Möbelfabrik J. Breuer, Kessenich, Burgstr. 109.

Riviera-Licht

einzig existierende elektr. **Taschenlampe,** welche 7500 Beleuchtungen abgibt. Ausführung hocheleg. Preis 2.50 bis 4.— Alleinverkauf:

Wagener & Co.

Friedrichstr. 26.



Flügel, Pianos, Harmoniums.

B. Monar,

Breitestraße 41.

Stimmungen und Reparaturen.

Sprechapparate und Symphonions

in allen Größen zu billigst. Preisen bei 5674

Theod. Wirtz,

Münsterplatz 12b.

28 goldene u. kön. Medaillen und Diplome.

Schweizerische

Spielwerke

sowohl mit Walzen als mit Notenscheiben, anerkannt die vollkommensten der Welt.

Spieldosen

Automaten, Necessaires, Cigarrenhäuser, Cigarrenständer, Photographiealbums, Schreibzeuge, Handschuhkasten, Briefbeschwerer, Blumenvasen, Cigarrenetuis, Spazierstöcke, Pfeifen, Bierglaser, Dessertteller, Stühle u. s. w. Alles mit Musik. Stets das Neueste und Vorzüglichste, besonders geeignet für Weihnachtsgeschenke, empfiehlt die Fabrik

J. H. Heller in Bern

(Schweiz).

Man verlange Katalog.

Nur direkter Bezug garantiert für Aechtheit; Illustrierte Preisliste franko. 5180

II. Vortrag

zum Besten des Vereins „Arbeiterinnenwohl"

Donnerstag den 14. Dez. 1905, mittags 12 Uhr,

im Auditorium Maximum, Convictstrasse.

Herr Privatdozent Dr. Weber.

Soziale und kulturelle Bedeutung der modernen Grossstadt.



Pianinos

Flügel und Harmoniums

aus den ältesten, bestrenomiertesten Fabriken in grösster Auswahl zu billigst. Preisen, unter langj. Garantie.

Musikinstrumente

jeder Art, **Violinen, Violas, Cellos, Guitarren, Mandolinen u. Zithern, Trompeten, Cornetts u. Flöten,** sowie **Saiten,** in vorzüglichster Qualität bei

Theod. Wirtz, Münsterplatz 12b.

Einladung

zu der am **Sonntag den 17. Dezember d. J., Nachmittags 5 Uhr,** im Lokale des Herrn **Horst** zu **Rheinbach** stattfindenden

Kreis-Versammlung des Rheinischen Bauern-Vereins.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des Kreisvorstandes, der Kreisvertreter und deren Stellvertreter für den Vereinsausschuß. 2. Genossenschaftliche Bezüge. 3. Die volkswirtschaftlichen Aufgaben des Rheinischen Bauern-Vereins. 4. Verschiedenes.

Alle Mitglieder, Nichtmitglieder, Freunde und Gönner unserer Bestrebungen sind freundlichst willkommen. 5742

Um recht zahlreichen Besuch wird höflichst gebeten.

Der Vorstand des Rheinischen Bauern-Vereins.

Versteigerung zu Beuel.

Am Montag den 18. Dezember 1905, Nachmittags 5 Uhr, beim Wirte Herrn Jean Holtorf in Beuel, Kirchstraße 23,

lassen die Erben des verstorbenen Klempners **Josef Heusmann** in Beuel öffentlich gegen Zahlungs-Anstand versteigern:

1) Das Wohnhaus mit Werkstätte, Wilhelmstraße Nr. 35 in Beuel, groß 1 Ar 67 Quadratmeter; das Wohnhaus hat Ladenlokal mit großem Keller, sowie von der Rückseite aus Wagen-Einfahrt;
2) Eine Baustelle an der Brückenstraße zu Beuel, Flur 17 Nr. 1672/129, groß 2 Ar 77 Quadratmeter, neben Alexander Uerdingen und Heinrich Hoffmann.

Nach Beendigung vorstehender Versteigerung lassen die Eheleute Stellmacher **Peter Mühlens** in Beuel

das zu Beuel an der Rheinstraße gelegene Grundstück Flur 21 Nr. 1209/388 im Königsheim, groß 17 Ar 59 qm., eingeteilt in 4 Baustellen, neben Alexander Thiebes und Michael Schumacher

öffentlich versteigern. 5841

Bonn, Der Königliche Notar, **Rud. Meyer,** Justizrat.

Holz-Verkauf.

Am Mittwoch den 27. Dezember d. J., Mittags von 12 Uhr an, werden in der Bonn'schen Wirtschaft zu Heimerzheim folgende Holzsortimente aus den Waldungen des **Freiherrn von Boeselager** unter den üblichen Bedingungen öffentlich versteigert:

I. Distrikt Viehtrift, Grieserott und unterm Teufchen:

53 Lose Eichennutzholz und 5 Lose Lärchen, darunter Stämme bis zu 95 Ctm. Mitten-Durchmesser; 5851

II. Distrikt Grieserott:

62 Lose Schlagholz, 15 Hundert Schanzen und 5 Hundert Bohnengerten;;

III. Distrikt im Park.

1 Los Weißtannen-Bauholz, 10 Hundert Schanzen.

Förster **Breuig** zeigt das Holz auf Wunsch vor.

Bonn. Die Vermögens-Verwaltung.

Immer wieder und immer dringender klingt unser Notglöcklein.

Es ruft: Helft doch den armen Kindern!

Bekannt ist ja das Elend, in welchem in Berlin so viele tausend Kinder verkümmern. Für mehr als 7000 Kinder wurde im St. Catharinenstift, der größten aber überaus armen Anstalt für Kinder in Berlin, während der 12 Jahre seines Bestehens um Aufnahme gebeten, an 2500 konnten in dieser Zeit wirklich aufgenommen werden, über **zweihundert** beherbergt es augenblicklich, und hunderte harren noch der Aufnahme.

Da für die Kinder zum größten Teil kein Pflegegeld bezahlt werden kann, so ist die Not natürlich in unserm Hause überaus groß. Darum wenden wir uns für unsere armen Kinder an die große Mildtätigkeit aller Katholiken und Kinderfreunde Deutschlands und bitten flehentlichst: Helft doch unsern armen Kindern! Sollen diese 300 Kinder, die jetzt bei uns geborgen, Pflege und Erziehung genießen, wieder aller Hilfe bar hinausgestoßen werden in's alte Elend? — — — Sollen die Hunderte, die Aufnahme bittend an unsere Türe klopfen, aus Mangel an Mitteln zurückgewiesen werden und elend verkommen? — — — Das sei fern!

Darum ergeht immer wieder und immer dringender der Ruf unseres Notglöckleins: Um Gottes willen helft doch! **Das Wohl u. Wehe, das zeitliche und ewige Geschick so vieler, vieler Kinder liegt in Eurer Hand!** — — —

Jede auch noch so kleine Gabe nimmt dankbar entgegen **Schwester M. Ildefonsa Kopf,** Priorin des St. Catharinenstiftes, **Berlin N.-O. 55,** Greifswalderstr. 18. — Um deutliche Adressenangabe wird gebeten, damit der Empfang jeder Gabe innerhalb 8 Tagen bestätigt werden kann. L 495

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehlen in reichhaltiger Auswahl:

Religiöse Bilder in Kupferstich, Gravure, Photographie etc. gerahmt und ungerahmt.

Religiöse Kunstgegenstände.

Heiligen Figuren,

Crucifixe, Goldkreuze unter Glasglocken, Madonnen-Lampen, Leuchter, Weihkessel, Rosenkränze von den einfachsten bis hochfeinsten Sachen,

Krippen und Krippenfiguren

in verschiedenen Grössen und Ausführungen.

Wachs-Jesukindchen und Gloria-Engel, Papierkrippchen.

Diözesan-Gesang- u. Gebetbücher, Kindergebetbücher, Gebet- und Erbauungsbücher

in feinem und grobem Druck.

Geschenk-Litteratur

in grosser Auswahl.

Religiöse Prachtwerke, Heiligen-Legenden, Handpostillen, Jugendschriften, Bilderbücher, Weihnachtskarten, Schreibmaterialien, Papeterieen, Schreibmappen, Poesiealbums, Postkartenalbums, Photographiealbums, Schreibzeuge, Schulartikel. 5603

Ludwig Leopold, Bonn,

Friedrichstrasse 3a.

Bonner Bank für Handel u. Gewerbe

Bonn, Hundsgasse 10, Bonn.

Eröffnung laufender Rechnungen.
Provisionsfreier Check-Verkehr.
An- und Verkauf von Wertpapieren im In- und Auslande.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Annahme von Spareinlagen und Depositen gegen Verzinsung.
Vermietung von Schrankfächern (Safes) in feuer- und diebessicherer Stahlkammer.

En gros **Schirmfabrik** En détail.

von



Friedr. Remy,



6 Wesselstrasse 6,

empfiehlt als passende **Festgeschenke**

Regenschirme

in allen Qualitäten zu ganz besonders billigen Preisen.

Alle Reparaturen und Neu-Ueberziehen sofort und billig.

Billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft Bonn A.-G.

Münsterplatz 1a und b.

Volleingezahltes Aktienkapital 60 Millionen Mk., Reserven 12 Millionen Mk.

Eröffnung von laufenden Rechnungen.
Scheck-Verkehr franko Provision.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren,
Ausführung von Aufträgen an allen Börsen des In- und Auslandes.
Einlösung sämtlicher Zins- und Dividendenscheine.

An- und Verkauf von Kuxen, Bohranteilen und Obligationen der Kohlen-, Kali- und Erz-Industrie, sowie von Actien ohne Börsennotiz.

Annahme von Geldeinlagen zur Verzinsung.

Ausschreibung von Kreditbriefen auf das In- und Ausland.

Stahlkammern

mit Schrankfächern unter Selbstverschluss der Mieter. L35



„Jodella"

ist jetzt der **patentamtlich geschützte Name** für den weit und breit bekannten, bei Arzt und Publikum gleich beliebten

Lahusen's Jod-Eisen-Lebertran

Bestandteile: 100 T. f. Berger Dorsch-Lebertran und 0,2 Eisenjodür.

Der beste, vollkommenste und wirksamste Lebertran.

Allen anderen Lebertran-Ersatz-Konkurrenz-Präparaten an Geschmack, Bekömmlichkeit, Wirksamkeit und Güte **vorzustehen.** Unübertroffen in seinen Erfolgen bei **Drüsen, Skrofeln, engl. Krankheit, Hautausschlag, Gicht, Rheumatismus, Hals- und Lungenkrankheiten, Erkältungen, Husten, Stichhusten, zur Stärkung und Kräftigung von blutarmen, schwächlichen, diathesleidenden Kindern, zur Stärkung nach überstandenen Krankheiten, Influenza, Fieber, Nervenkrankheiten** etc. etc. **als allgemeines Haus- und Vorbeugungsmittel.** Wirkt **energisch blutbildend, fäulnisverhindernd, appetitbringend, Nervenkräftigend.** Hebt **die Körperenergie in kurzer Zeit.** Jahresverbrauch von Jahr zu Jahr steigend. Winter und Sommer zu nehmen, da immer frisch zu haben. **Preis: M. 2.50 und 4.50.** Alleiniger Fabrikant **Apotheker Lahusen in Bremen.** Da Nachahmungen, kaufe man **von jetzt ab nur** noch unter dem Namen **„Jodella",** welcher sich von außen auf jedem Kasten befinden muß.

Frisch zu haben in allen Apotheken von Bonn und Umgebung.

Tongers Musikschatz

eben bereits in 2. Auflage erschienen. Diese grosse Auflage in 2 Monaten vergriffen. Prachtvoll modern ausgestattet. Die mit Recht so schnell beliebt gewordene Sammlung enthält:

48 Salon- und Vortragsstücke, Opernmusik und Liederfantasien } für Klavier
28 Tänze und Märsche
56 Arien, Lieder und Duette mit Klavierbegleitung, ausserdem
52 Vaterlands-, Volks- und Studentenlieder in Form von 8 Potpourris für Klavier allein und mit Gesang eingerichtet.

Diese 174 Nummern, welche einzeln über 200 Mark kosten würden, werden heute in neugestochener Ausgabe übersichtlich geordnet in Grossnotenformat — Prachtleinwandband — als

Tongers Musikschatz

zum unerreicht billigen Preise von Mk. 5 geliefert.

In keiner musikliebenden Familie sollte dieses ausgezeichnete Festgeschenk auf dem Weihnachtstische fehlen.

Vorrätig bei

St. A. Braun-Peretti

Bonn, Hundsgasse 3.

Telefon 1784.

Kgl. Preuss. Lotterie

Zur I. Classe vorrätig:

Viertellose zu Mk. 10.—

Achtellose zu Mk. 5.—

E. Oelbermann in Bonn

Kgl. Lotterie-Einnahme. Meckenheimerstrasse 37.

Eilt! Eilt!

Ziehung unwiderruflich bis Samstag

Große Tilsiter Lotterie

Hauptgewinne:

Mark 27.000, 18.000, 9000.

Lose Mark 1.20. — Bar Geld!

Berliner

Rote Kreuz-Lotterie.

Ziehung 19. bis 23. Dezember

Hauptgewinne:

Mk. 100.000, 50.000, 25.000, 15.000, 2×10.000, 4×5000, 10×1000, 100×500 u.

Bar Geld!

Lose Mk. 3.75, Porto u. Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt und versendet so lange Vorrat reicht die Haupt-Glücks-Collecte von

Peter Linden, Bonn,

Fernsprecher 146.

Poststraße 2, Sternstraße 2, Kasernenstraße 1, am Sterntor. 2891

Josef Beck

Juwelier

Bonn a. Rh Gudenauergasse 1. **Remagen** Hauptstrasse

Empfehle alle Neuheiten in

Gold- und Silberwaren, Trauringen, Regulateur-, Taschen- und Wecker-Uhren zu den billigsten Preisen.

Eigene Werkstätte.

Raupenplage und Pflanzenparasiten

bekämpft man schnell und sicher mit Marquart's **„Blutlaustod"** und Marquart's **„Gemüseschutz"** durch einfaches Bespritzen der Pflanzen.

„Blutlaustod" 1 Ltr. M. 1.25, 100 Ltr. M. 75.
„Gemüseschutz" 1 Ltr. M. 0.75, 100 Ltr. M. 40.

Düngekalk — Futterkalk

billigst

Dr. L. C. Marquart, chem. Fabrik, Beuel-Rhein.

Gummi- und Celluloid-Spielwaren,

Schwimmpuppen und **Tiere** in reichster Auswahl.

Gummi-, Leder- und Wachstuch-Schürzen

empfiehlt

Bonner Gummiwarenhaus

Mathias Ollendorff

Fürstenstrasse 3. Telefon 165

Die Sparkasse der Stadt Königswinter

befindet sich **Wilhelmstraße 5 in der Nähe des Bahnhofes** und ist **täglich** geöffnet von vormittags 9 bis 12½ Uhr. An vier Werktage eines jeden Monats ist die Kasse jedoch geschlossen. **Sparkasse ist mündelsicher;** der Zinsfuß für Einlagen von **1.— bis Mk. 12.000 beträgt 3½ %.** Die an den **ersten Werktagen** eines jeden Monats **eingelegten Gelder werden für den Monat noch mitverzinst.** Einzahlungen und Rückzahlungen auch durch die Post und durch Reichsbank Giro-Conto. Darlehen werden bewilligt insbesondere gegen hypothekarische Sicherheit **unter Bewilligung ratenweiser Rückzahlung,** und gegen Verpfändung von Wertpapieren. Uebernahme von Steigprotokollen gegen ganz geringen Nachlaß.

Nähmaschinen-Reparaturen

unter Garantie.

Joh. Bachem, Bonn,

Coblenzerstraße 6.

Verlag von P. Hauptmann. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Dr. jur. H. Tetzborn in Bonn. — Rotationsdruck von P. Hauptmann'schen Buchdruckerei in Bonn.